

Beginn: 10.02 Uhr – Ende: 12.49 Uhr

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich heiße Sie alle herzlich zu der heutigen Tagung der Landschaftsversammlung willkommen.

Sehr herzlich begrüße ich vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe

Herrn Landesdirektor Wolfgang Schäfer.

Herzlich willkommen, Wolfgang!

(Allgemeiner Beifall)

Ich begrüße die Vertreter der Medien und darf Ihr Einverständnis unterstellen, dass Sie von dem Aufnahmeteam der Medienstelle gefilmt werden.

Ordnungsgemäße Einberufung

Meine Damen und Herren, zu dieser 3. Tagung der 12. Landschaftsversammlung Rheinland wurde frist- und ordnungsgemäß mit Schreiben vom 4. März 2005 eingeladen.

Die Tagung wurde im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen Nr. 14 vom 15. März 2005 öffentlich bekannt gemacht.

Entschuldigungen

Die entschuldigten Personen der Landschaftsversammlung sind der Verwaltung bekannt; die Namen werden dem Protokoll beigelegt.

Ich darf als Beisitzer Herrn Burkhard Hintzsche von der SPD und Frau Bettina Herlitzius, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bitten, hier oben Platz zu nehmen. Herzlichen Dank.

Tagesordnungspunkt 1:

Anerkennung der Tagesordnung

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 11. März 2005 die Änderung der Geschäftsordnung und die Neufassungen der Satzungen mit Ausnahme der Neufassung der Betriebssatzung für die Rheinischen Heilpädagogischen Heime von der Tagesordnung abgesetzt. Die Tagesordnungspunkte 5, 6, 7, 9, 10, 11 und 12 der ursprünglichen Tagesordnung entfallen daher. In-

nen liegt eine rot umrandete aktualisierte Tagesordnung vor.

Sind Sie mit der Ihnen vorliegenden aktualisierten Tagesordnung einverstanden? –

(Heidrich, CDU: Gezwungenermaßen!)

Ich sehe keine Wortmeldungen; dann ist sie so akzeptiert.

Tagesordnungspunkt 2:

Verpflichtung neuer Mitglieder

Das ist ein Routinepunkt, der heute, wie ich gehört habe, nicht zum Tragen kommt. Verpflichtungen sind **nicht erforderlich**.

Tagesordnungspunkt 3:

Umbesetzung in den Ausschüssen

- Antrag Nr. 12/34 der SPD-Fraktion –
- Antrag Nr. 12/36 der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN –

Wenn Sie den Umbesetzungen Ihre Zustimmung geben möchten, dann darf ich um Ihr Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Wir haben so **beschlossen**.

Punkt 4:

Resolutionsentwurf zum Thema „Verbesserte Leistungen für Menschen mit Behinderungen“

– Vorlage Nr. 12/260 –

Meine Damen und Herren, der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 11. März 2005 die Angelegenheit beraten und einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage zu beschließen.

Wird zu dieser Vorlage das Wort gewünscht? – Bitte schön, Sie haben das Wort, Herr Kollege.

Kresse (Bündnis 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Mit dem in der Resolution vom Deutschen Verein und von uns geforderten Bundesteilhabegesetz werden zwei Ziele verfolgt. Es ist einerseits ein Nachteilsausgleich für behinderte Menschen und ver-

bessert materielle Möglichkeiten, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, und ist andererseits eine Antwort auf die Finanznot der kommunalen Familie, weil bundesfinanziert.

Die Realisierungschancen steigen, da der Deutsche Verein, dem auch Elternvertreter angehören, eine Gegenfinanzierung anbietet.

Meine Damen und Herren, das klingt banal, aber ist es in der Konsequenz nicht; denn auch behinderte Kinder werden Erwachsene, und es macht Sinn, dass sie dann das Kindergeld zur eigenen Verfügung und Selbstbestimmung in Form eines Bundesteilhabegeldes selber bekommen.

Es ist mühsamer, als behinderter Mensch durchs Leben zu gehen und es zu organisieren. Daher ist ein Nachteilsausgleich angemessen. Das Bundesteilhabegesetz setzt nach Meinung der gestaltenden Mehrheit, für die ich hier sprechen darf, die Philosophie des SGB IX mit seinem persönlichen Budget weiter um und geht darüber hinaus, indem es einen festen Grundbetrag der eigenen Entscheidungsfreiheit dem leistungsberechtigten behinderten Menschen überträgt.

Bei der eigenverantwortlichen Verwendung des Bundesteilhabegesetz entfallen viele Anträge auf Teilhabeleistungen der Sozialhilfe, und damit entfällt auch viel Verwaltungsaufwand. Auch der Vorschlag, die jährlich rückläufigen Aufwendungen der Kriegsofopferfürsorge des Bundes zur Finanzierung des Bundesteilhabegeldes und nicht zur unmittelbaren Haushaltsentlastung einzusetzen, ist als Ausdruck der gesamtgesellschaftlichen Mitverantwortung des Bundes für den wachsenden Personenkreis, der auf Eingliederungshilfe der Sozialhilfeträger angewiesenen Menschen mit Behinderungen zu begrüßen.

Meine Damen und Herren, mit der Resolution der beiden Landschaftsverbände wollen wir das bundesfinanzierte Bundesteilhabegeld einer breiten politischen Diskussion zuführen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Wer der Vorlage Nr. 12/260 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzei-

chen. – Herzlichen Dank. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Enthält sich jemand? – Das ist auch nicht der Fall. Wir haben einstimmig so **beschlossen**.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Tagesordnungspunkt 5:

Neufassung der Betriebssatzung für die Rheinischen Heilpädagogischen Heime

– Vorlage Nr. 12/248/1 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 11. März 2005 die Vorlage Nr. 12/248 beraten. Das Ergebnis der Beratungen des Landschaftsausschusses ist in die Vorlage 12/248/1 eingearbeitet worden.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Wer der Vorlage Nr. 12/248/1 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Stimmt jemand dagegen? – Das ist nicht der Fall. Enthält sich jemand? – Das ist auch nicht der Fall. Wir haben einstimmig so **beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 6:

Neues Kommunales Finanzmanagement hier: Vermögens- und Schulden- übersicht zum 31.12.2004

Zunächst zu **Punkt 6.1:**

Vermögens- und Schulden- übersicht zum 31.12.2004 Produktgruppen 014, 016 und 017

– Vorlage Nr. 12/243 –

Die Verwaltung legt der Landschaftsversammlung Rheinland die nach den gesetzlichen Bestimmungen im Rahmen des Neuen Kommunalen Finanzmanagements geforderte Vermögens- und Schuldenübersicht vor.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Darf ich **zustimmende Kenntnisnahme** unterstellen? – Das ist der Fall.

Punkt 6.2:

**Vermögens- und Schulden-
übersicht zum 31.12.2004
Rückstellungen für Pflegekosten**

– Vorlage Nr. 12/244 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 11.03.2005 die Vorlage 12/244 beraten und einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage zu beschließen.

Gibt es den Wunsch zu Wortmeldungen hierzu?
– Das ist nicht der Fall.

Wer der Vorlage 12/244 seine Zustimmung geben möchte, den darf ich um sein Hand- oder Kartenzeichen bitten. – Danke schön. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Wir haben einstimmig so **beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 7:

**Haushaltssatzung für das
Haushaltsjahr 2005 mit
Haushaltsplan und Anlagen**

Punkte 7.1 und TOP 7.2:

**Haushaltsentwurf 2005
Umlagesenkung**

**Haushaltssatzung des LVR
mit Haushaltsplan, Stellenplan
und sonstigen Anlagen für das
Haushaltsjahr 2005 sowie
Investitionsprogramm 2004 – 2008**

– Antrag Nr. 12/15 der CDU-Fraktion –
– Vorlage Nr. 12/259 (Haushalt) –

Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen folgendes Verfahren vor:

1. Statements zum Haushalt, also die Reden der einzelnen Fraktionen zum Haushalt.

Sollte es aus diesen Reden keine Besonderheiten geben, also keine Anträge formuliert werden, möchte ich

2. über den Antrag 12/15 der CDU-Fraktion abstimmen lassen, in dem es um die Landschaftsumlage geht.

3. möchte ich über den Gesamthaushalt gemäß Vorlage 12/259 abstimmen lassen.

Erhebt sich verfahrensmäßig Widerspruch? – Das scheint nicht der Fall zu sein; dann wollen wir so verfahren.

Ich darf daher zum Haushalt 2005 für die Fraktionen die einzelnen Sprecher – zunächst natürlich erst einen – aufrufen. Wir gehen nach der Größe der Fraktionen vor. Für die CDU-Fraktion spricht Herr Heidrich. Herr Heidrich, Sie haben das Wort.

Heidrich (CDU), vom Beifall seiner Fraktion begrüßt: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Erben muss nicht, kann aber manchmal sehr schön sein. Manche haben damit ihren Wohlstand begründet, andere haben ihr Erbe verspielt und sind in bitterer Armut gestorben.

Sie, meine Damen und Herren von der Ampelkoalition, haben das Erbe dankbar angenommen, es schon gar nicht ausgeschlagen, sind aber auf gutem Wege, es zu verspielen.

(Zustimmung bei der CDU – Zuruf von der SPD: Wer ist denn gestorben? – Heiterkeit bei der SPD)

Wir, die CDU-Fraktion, hatten Sie nicht als Erbe eingesetzt,

(Allgemeine Heiterkeit – Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Das wäre aber eine gute Idee gewesen!)

aber manchmal geht die Erbfolge auf verschlungenen Wegen. Dieses Ergebnis hat der Wähler, der Souverän, mit Sicherheit nicht gewollt, wie auch jüngste Umfragen deutlich belegen.

(Lebhafte Zustimmung bei der CDU – Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Da ist Stimmung in der Bude!)

Von Dankbarkeit in der Politik zu sprechen, habe ich mir abgewöhnt. Aber vielleicht sollten Sie sich, insbesondere meine Damen und Herren der SPD-Fraktion, in stiller Stunde daran erinnern, wie fair wir Sie in der letzten Legislaturperiode

(Oh! bei der SPD)

bei absoluter Mehrheit unserer Fraktion behandelt haben.

(Zustimmung bei der CDU)

Der Name Voigtsberger sei hier stellvertretend genannt. Ich werde Sie immer wieder daran erinnern.

(Paßmann, FDP: Ein guter Mann! – Zuruf von der SPD: Ein Glücksfall für den Landschaftsverband!)

– Das wird sich noch zeigen.

Mit welcher Selbstherrlichkeit, mit welcher Arroganz Sie uns in den letzten Wochen, meine Damen und Herren von der Ampelkoalition, behandeln, spricht für sich. Die Debatte um den Ältestenrat sei hierfür ein Beispiel.

(Zustimmung bei der CDU)

Stattdessen weben Sie an Dolchstoßlegenden, warum eine Zusammenarbeit mit der CDU nicht möglich war. Denken Sie daran, die alte Weisheit wird sich auch hier bewahrheiten: Man begegnet sich im Leben immer zweimal.

(Zustimmung bei der CDU – Paßmann, FDP: So ist es!)

Erben heißt aber nicht nur, Rechte zu fordern, sondern auch, Pflichten zu übernehmen: Pflichten gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, aber insbesondere auch gegenüber jeder Mitarbeiterin und jedem Mitarbeiter.

Diese Pflichten haben Sie mit und in Ihrer Vereinbarung nicht erkennen lassen.

(Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Das sollte die CDU sich auf ihre Fahnen schreiben!)

Die beiden für Sie wichtigsten Worte Ihrer Vereinbarung sind „gleiche Augenhöhe“. Was bedeutet dies in der Praxis? Sie haben ein Tier mit zwei Schwänzen geschaffen. Die SPD als Körper; die beiden kleineren Partner mit gleichem Gewicht wie der Körper sind die Schwänze. Mal wackelt der eine, mal der andere.

(Zuruf von der SPD: Das haben Schwänze so an sich!)

Lösungen bilden naturgemäß den kleinsten gemeinsamen Nenner.

(Dr. Rolle, SPD: Gut, dass der Körper so schwer ist!)

Ihre Vereinbarung dient daher nur am Rande inhaltlichen Zielen; sie dient in erster Linie knallharter Macht- und Personalpolitik.

(Lebhafte Zustimmung bei der CDU)

Erste Kostproben, versalzen und verpfeffert, sind heute schon nachzuweisen. Bewährte Dezernenten sollen aufs Abstellgleis geschoben werden.

(Frau Peters, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Das kennen wir von Ihnen auch!)

Einem Geschäftsführer, dem Sie gute und erfolgreiche Arbeit bescheinigen, wird mit dem grünen Schwanz die übliche Verlängerung seines Arbeitsvertrages in derselben Sitzung verweigert.

(Zustimmung bei der CDU)

Schaden für die Gesellschaft und die Person wird dabei billigend in Kauf genommen.

Das, meine Damen und Herren, verstehen Sie unter „gleicher Augenhöhe“.

(Zuruf von der SPD: Der Schaden ist schon angerichtet! – Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Der Schaden ist vorher eingetreten für die Gesellschaft, Herr Heidrich!)

Minderheitenrechte wie bei der Besetzung der Ausschüsse werden nicht beachtet. Da hilft auch nicht eine abenteuerliche Auskunft des Innenministers oder die von Ihnen ständig wiederholte Floskel, wir haben eine andere Rechtsauffassung, ohne diese jemals zu begründen.

(Runkler, FDP: Wir haben einen einmütigen Wahlvorschlag!)

Wir werden uns dagegen rechtlich zu wehren wissen, wie Ihnen bereits bekannt ist.

(Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Sie haben doch zugestimmt, Herr Heidrich! Sie haben zugestimmt!)

Das, meine Damen und Herren, verstehen Sie unter „gleicher Augenhöhe“.

Die Haushaltspolitik der CDU-Fraktion der letzten fünf Jahre war geprägt von Qualitätssicherung und Haushaltskonsolidierung. Schwerpunkte waren dabei die Verbesserung der Lebenssituation behinderter Menschen, der Ausbau ambulanter Angebote, die Erweiterung schulischer Angebote durch Neu- und Ausbau unserer Schulen – ins-

gesamt wurde ein 40-Millionen-Programm aufgelegt – und der Ausbau unserer kulturellen Angebote durch Beteiligungen an Stiftungen und Programmen wie zum Beispiel dem Jakobspilgerweg.

Haushaltskonsolidierung durch Hebung von Reserven, durch Optimierung von Aufbau- und Ablauforganisation, Zusammenlegung von Verwaltungseinheiten, wie wir dies in zwei Haushaltsbegleitbeschlüssen zusammengefasst haben: Sie sind alle – einschließlich der darüber hinausgehenden Vorschläge der Verwaltung – bis zum Ende der Wahlperiode umgesetzt worden. Dies wollen Sie zum Teil aus ideologischen Gründen rückgängig machen.

(Zustimmung bei der CDU)

Zwei prominente Beispiele: Die Verwaltungseinheit des Servicebetriebes wird zum 01.07.2005 aufgelöst.

(Frau Beck, Bündnis 90/
DIE GRÜNEN: Jawohl!)

Jährliche Mehrkosten nach Auskunft der Kämmerer: 255 000 Euro.

(Runkler, FDP: Kein Wort wahr! – Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Sie haben der Satzung eben zugestimmt!)

Andere Entscheidungen wie zum Beispiel die Zusammenlegung der Verwaltungen in Bonn sollen überprüft und dann wohl mit Schamfrist rückabgewickelt werden.

Die Elternbeiträge bei integrierten Kindergärten werden nicht mehr erhoben. Jährliche Mehrkosten: ca. vier Millionen Euro oder 0,04 Umlagepunkte. Unsere Mitgliedskörperschaften, meine Damen und Herren, schwimmen ja im Geld.

(Peil, Bündnis 90/DIE GRÜNEN:
Und die Eltern der Kinder?)

Der Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen hat gerade vor wenigen Tagen bekannt gegeben, dass fast 200 Gemeinden – das ist die Hälfte aller Gemeinden in Nordrhein-Westfalen – ein Haushaltssicherungskonzept haben. Von diesen gut 200 gelingt es 105 Gemeinden nicht einmal, ein Haushaltssicherungskonzept zu verabschieden; sie fahren einen Nothaushalt.

Wissen Sie eigentlich, meine Damen und Herren von der Ampelkoalition, dass Sie fremdes Geld verwalten?

Ihre 17 Änderungsanträge ziehen – sofern sie sich überhaupt heute berechnen lassen – nach Auskunft des Kämmerers allein in diesem Jahr weitere 340 000 Euro und vom nächsten Jahr an jährlich ca. fünf Millionen Euro nach sich.

(Zurufe des Erstaunens bei der CDU)

Damit, meine Damen und Herren von der Ampel, belasten Sie unsere Mitgliedskörperschaften in dieser Wahlperiode um mehr als 20 Millionen Euro zusätzlich.

(Boss, CDU: Das werden wir denen sagen! – Peil, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Aber wir entlasten die Menschen! – Lachen bei der CDU – Zuruf von der CDU: Daran glauben Sie doch selber nicht! – Peil, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Aber sicher!)

Darüber hinaus stellen die Anträge zum Teil auch Spielwiesen dar, deren Betreuung und Pflege nicht in die Zuständigkeit des Landschaftsverbandes fallen.

Schon allein vor diesem Hintergrund ist unser Antrag auf Umlagesenkung um 0,3 Umlagepunkte zu verstehen.

(Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN:
Nein, das ist nicht zu verstehen!)

Wenn durch kluge und restriktive Entscheidungen der CDU-Fraktion sowie vorsichtige Bewirtschaftung durch die Verwaltung und durch nicht so starke Fallzahlsteigerungen und vermehrte ambulante Angebote am Ende des Jahres 2004 gegenüber der Planung gut 30 Millionen Euro übrig geblieben sind, so gehören diese Mittel unseren Mitgliedskörperschaften, denen wir in den letzten Jahren einiges zumuten mussten.

(Lebhafte Zustimmung bei der CDU – Frau Beck, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Wir brauchen eine neue Haushaltsstelle „neues Mobiliar“!)

Ich möchte nicht versäumen, an dieser Stelle insgesamt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landschaftsverbandes und auch der Verwaltungsspitze Dank zu sagen.

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrter Herr Landesdirektor, Sie haben in beeindruckender Art und Weise gemeinsam mit der Politik Reformen umgesetzt, wie sie der Landschaftsverband Rheinland jahrzehntelang nicht erfahren hat.

(Keil, SPD: Das ist wohl ein Witz!)

Dafür möchte ich Ihnen im Namen unserer Fraktion herzlich danken.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Apropos Landesdirektor – das geht jetzt an Ihre Adresse, Herr Vorsitzender –: Namens meiner Fraktion bitte ich Sie – nein, fordere ich Sie auch auf – zukünftig den nötigen Respekt Herrn Landesdirektor Molsberger zukommen zu lassen.

(Zustimmung bei der CDU – Lachen bei der SPD – Zuruf von Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Wieso das denn?)

Wenn Sie ihn schon nicht als Person achten wollen, dann zumindest das Organ Landesdirektor.

(Lebhafte Zustimmung bei der CDU – Frau Wiesemann: Peinlich!)

Und nicht wie in der letzten Landschaftsausschuss-Sitzung, wo Sie in Ihrer bekannten Art versucht haben, den Landesdirektor zu maßregeln.

(Zuruf von der CDU: Unverschämt!)

Dies steht auch einem Vorsitzenden der Landschaftsversammlung nicht zu.

(Lebhafte Zustimmung bei der CDU)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Sie können froh sein, dass ich hier oben sitze, Herr Kollege!

Heidrich (CDU): Die in den Jahren 2003 bis 2004 eingesparten 30 Millionen Euro müssen an die Mitgliedskörperschaften ohne Wenn und Aber zurückgegeben werden.

(Lebhafte Zustimmung bei der CDU – Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Dann machen Sie mal einen Deckungsvorschlag!)

Wir fordern deshalb eine Umlagesenkung um 0,3 Umlagepunkte und beantragen eine geheime Abstimmung über den Umlagesatz.

(Beifall bei der CDU)

Nach Kiel kann man das nur fordern.

(Zustimmung bei der CDU – Bortlitz-Dickhoff, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Siehe Schleswig-Holstein!)

Da hilft auch nicht Ihr Hinweis von der Ampelkoalition, es sei schon bei gleichem Umlagesatz eine Entlastung der Mitgliedskörperschaften um 41 Millionen Euro eingetreten.

(Runkler, FDP: Das kann man wohl sagen! – Peil, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Das stimmt doch!)

Im Übrigen, Herr Voigtsberger, wir werfen Ihnen eine parteipolitisch motivierte Pressekampagne vor.

(Widerspruch bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Sie erwähnen nicht die Mitgliedskörperschaften in Ihren Pressemitteilungen, die absolut mehr Umlage zahlen müssen. Auch das hat es bisher in diesem Hause durch einen Kämmerer noch nicht gegeben.

(Sehr wahr! und Zustimmung bei der CDU)

Zur Erinnerung: Sie sind durch unsere Stimmen zum Ersten Landesrat und Kämmerer gewählt worden.

(Sehr richtig! und Beifall bei der CDU – Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Aber hallo!)

Der Effekt der 41 Millionen Euro ist allein auf zurückgehende Steuereinnahmen und die damit verbundene Senkung der Umlagegrundlagen zurückzuführen –

(Zustimmung bei der CDU)

zu verantworten alleine von einer rot-grün geführten Bundesregierung und einer rot-grün geführten Landesregierung.

(Zustimmung bei der CDU – Zuruf von der CDU: Das erledigt sich ja jetzt!)

Dies macht deutlich, meine Damen und Herren von der FDP-Fraktion, dass Sie sich die falschen Partner ausgesucht haben.

(Zustimmung bei der CDU – Paßmann, FDP: Das wollten Sie ja so! – Zuruf von Bortlitz-Dickhoff, Bündnis 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Da kommen Sie nicht drüber weg!)

Neben verfehlter Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik ist die permanente Weigerung, sich des Problems der stetig steigenden Kosten in der Behindertenhilfe anzunehmen, ein Skandal.

(Zustimmung bei Teilen der CDU – Zuruf von der SPD: Das gibt es doch wohl nicht!)

Der Wähler wird Sie dafür zur Rechenschaft ziehen.

Es geht auch anders; denn soeben haben wir gemeinsam eine entsprechende Resolution verabschiedet. Hier sollten Sie statt Ihrer Reden in diesem Hause all Ihre Aktivitäten bündeln und ausrichten und Ihre Parteifreunde endlich zum Handeln zwingen.

(Lebhafte Zustimmung bei der CDU – Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Das werden wir sehen, an wem es dann im Bundesrat scheitern wird!)

Stattdessen verunsichern Sie, Herr Dr. Rolle, in der neuesten Ausgabe des Landschaftsverbands-Reportes Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Landschaftsverbände würden durch eine CDU-geführte Landesregierung aufgelöst.

Das Gegenteil ist der Fall. Landschaftsverbände – auch wenn sie einen anderen Namen tragen – werden gestärkt. Sie sind der Nukleus einer neuen Bündelungsbehörde.

(Beifall bei der CDU)

Sie konnten gerade in den letzten Tagen von Ihrem Ampelpartner entsprechend umfangreich aus der Presse erfahren, dass nicht nur die CDU, sondern auch Herr Paßmann die Bezirksregierung für überflüssig hält.

(Paßmann, FDP: Richtig!)

Für den Fall, dass Ihnen der Artikel nicht bekannt ist, Herr Dr. Rolle, kann ich Ihnen gerne eine Kopie zur Verfügung stellen.

(Paßmann, FDP: Stimmt ja auch!)

Zusammengefasst, meine Damen und Herren von Rot-Grün-Gelb: Wir haben ein geordnetes

Haus hinterlassen, einen Haushalt ohne strukturelles Defizit.

Sie haben unsere Mitarbeit nicht gewollt. Im Gegenteil: Sie bewachen sich eifersüchtig und misstrauisch, damit keiner von Ihnen auf die Idee kommt, mit uns oder mit einem von uns alleine zu sprechen.

(Lachen bei SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP – Peil, Bündnis 90/ DIE GRÜNEN: Was ist passiert? – Zuruf von Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Sie haben das Erbe verzockt! – Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Das sehen wir heute!)

Ihr Abstimmungsbedarf im Dreierpack macht Sie handlungsunfähig und schadet dem Landschaftsverband Rheinland und unserer Aufgabe, für die wir zuständig sind, nämlich Qualität für Menschen zu schaffen.

Wir werden den Haushalt ablehnen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Langanhaltender lebhafter Beifall bei der CDU – „Zugabe“-Zurufe von den anderen Fraktionen – Bartsch, CDU: Dass ihr nach Zugabe ruft, das verstehen wir! Unsere Leute wissen, wie gut wir sind!)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Das Wort hat Herr Dr. Rolle!

(Lebhafter Beifall bei SPD und FDP – Diekmann, CDU: Das ist das erste Mal, dass sich bei Ihnen heute etwas bewegt!)

Dr. Rolle (SPD): Herr Vorsitzender! Ich grüße beide Landesdirektoren. Vielen Dank, dass Sie hier sind. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung; eine Vorbemerkung gegen das Vergessen.

Es ist noch nicht einmal drei Monate her, dass eine verheerende Flutkatastrophe in Asien Hunderttausende von Menschen in den Tod gerissen und Millionen in unvorstellbarer Not hinterlassen hat.

Die aktuelle Politik, der Zeitdruck unserer Haushaltsberatungen sowie die bevorstehende Landtagswahl begünstigen die Gefahr, dass sich die damals aktuellen Schreckensbilder wieder einmal – wie so oft in den letzten Jahren – sehr schnell aus unserer Erinnerung verflüchtigen.

Deshalb möchte ich an dieser Stelle noch einmal an die von allen Fraktionen dieses Hauses unterstützte Initiative des Vorsitzenden der Landschaftsversammlung, Dr. Wilhelm, vom 14.01.2005 erinnern. Hier geht es eben nicht nur darum, mit einem finanziellen Beitrag die Welle der allgemeinen Hilfsbereitschaft zu unterstützen, sondern ganz gezielt mit unserem Wissen und dem fachlichen Know-how des Landschaftsverbandes in Projekten diejenigen in diesen Regionen zu unterstützen,

(Zuruf von der CDU: Zum Thema!)

die in der Wiederaufbauarbeit besondere Hilfe benötigen: die Behinderten, die psychisch Kranken, die Traumatisierten!

Neben unserem sehr gut arbeitenden „Verein zur Förderung von Einrichtungen für Behinderte im Ausland“ – mit einem ausdrücklichen Dank an Paul Heidrich als Vorsitzenden – sollten wir uns alle gemeinsam nach der Verabschiedung des Haushaltes damit auseinandersetzen, wie in Form von Schul-, Klinik- und Regional-Patenschaften langfristig sehr konkrete Hilfe in den betroffenen Gebieten geleistet werden kann.

Ich denke, wir alle sind hierzu verpflichtet.

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Zum Haushaltsentwurf 2005. Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist bekannt, dass der Landtag NRW in 2004 das Gesetz über ein neues kommunales Finanzmanagement für Gemeinden beschlossen hat, welches am 01.01.2005 in Kraft getreten ist.

Nach diesem Gesetz müssen die Kommunen spätestens ab dem 01.01.2009 ihre Geschäftsvorfälle nach dem System der doppelten Buchführung in einer Finanzbuchhaltung erfassen und eine Eröffnungsbilanz aufstellen.

Wenn wir uns jetzt den Haushaltsentwurf 2005 ansehen, so ist zunächst bemerkenswert – und das bitte ich als ausdrückliches Lob an die Verwaltung zu verstehen –, dass es der Verwaltung des Landschaftsverbandes gelungen ist, neben

einem kompletten kameralen Haushaltsentwurf 2005 gleichzeitig die Bereiche „Gebäude- und Liegenschaftsmanagement“ und „Soziales“ als Produktbereiche, unterteilt in Produktgruppen mit den dazugehörigen Produkten, Zielen, Kennzahlen, den Fraktionen vorzulegen.

(Frau Eckenbach, CDU: Wir waren gut!)

Wir begrüßen es ausdrücklich, dass die Verwaltung den durch das Gesetz ermöglichten Weg einer pilotweisen Umstellung gewählt hat und erheblich vor dem spätesten Umstellungstermin am 01.01.2009 jetzt schon teilweise auf die neuen Vorschriften umgestellt hat.

Doch zunächst zum kameralen Haushaltsentwurf. Die Verwaltung hat uns für 2005 einen ausgeglichenen Haushaltsentwurf vorgelegt, der im Vergleich zum Vorjahr den gleichen Umlagesatz von 17,3 Prozent vorsieht.

Wir begrüßen es sehr, dass es der Verwaltung gelungen ist, für 2005 eine Umlageerhöhung zu vermeiden; denn wie Ihnen bekannt ist, kommt unser Schwesterverband Westfalen-Lippe nicht an einer Umlageerhöhung vorbei.

Allen Fraktionen ist bekannt, dass bei dem gleichen Umlagesatz von 17,3 wie im Vorjahr für 2005 wegen der Verschlechterung der Umlagegrundlagen eine Entlastung der Mitgliedskörperschaften von rund 41 Millionen Euro eintritt. Die entsprechenden Listen sind ja in allen Fraktionen verteilt worden.

Es muss dabei jedoch erwähnt werden, dass es sich hier um eine saldierte Summe handelt. Das heißt, es gibt Mitgliedskörperschaften wie zum Beispiel die Stadt Düsseldorf, die aufgrund ihrer besseren Steuerkraft rund 26 Millionen Euro mehr an Landschaftsumlage zu zahlen hat. Aber es gibt auch Mitgliedskörperschaften wie Bonn oder Köln, die 21 Millionen Euro und 11 Millionen Euro weniger zu leisten haben. Aber insgesamt werden von 27 Mitgliedskörperschaften 24 zum Teil erheblich entlastet.

(Beifall bei SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN – Heidrich, CDU: Wegen der miserablen Wirtschaftspolitik!)

Der Landkreistag NRW hat genau dies in seiner März-Ausgabe mit dem Satz „Erfreulich! Landschaftsverband Rheinland entlastet Mitgliedskörperschaften um rund 42 Millionen €“ kommentiert.

(Boss, CDU: Das hat nichts damit zu tun! – Weitere Zurufe von der CDU)

Wenn man den Haushaltsentwurf 2005 „bewerten“ will, so muss man aber „zwangsweise“ auf die Ausgangsbasis für diesen Haushaltsentwurf zu sprechen kommen. Und hier geht es um die Jahre 2003 und 2004, in denen ja ein Doppelhaushalt verabschiedet wurde: Um insgesamt für die beiden Jahre einen ausgeglichenen Haushalt zu haben, wurde für das Jahr 2004 ein Überschuss von rund 51 Millionen Euro veranschlagt, um den Fehlbetrag in selber Höhe in 2003 ausgleichen zu können.

Und dieser Überschuss ist in 2004 wesentlich höher ausgefallen. Er liegt jetzt nach dem Voranschlag der Verwaltung bei über 90 Millionen Euro.

(Boss, CDU: 92 Millionen! – Zuruf von der CDU: Ja, richtig!)

Begründen lässt sich dies zum einen mit der strengen Bewirtschaftungsverfügung des Kämmers, wonach die Kriterien der vorläufigen Haushaltsführung

(Boss, CDU: Die wir vorgegeben haben!)

auch nach der Veröffentlichung der Haushaltsatzung weiter bis zum Ende des Jahres 2004 gehalten und nicht aufgehoben wurden.

(Diekmann, CDU: Wer hat denn die Vorarbeit gemacht?)

Hier ist dem Kämmerer ausdrücklich zu danken, dass er diese harte Linie weiter eingehalten hat,

(Beifall bei der SPD – Boss, CDU: Das ist ja nicht zu fassen!)

was dazu geführt hat, dass Einsparungen und damit auch Verbesserungen im Jahresergebnis 2004 erzielt wurden.

Aber entscheidend ist – das muss hier deutlich gesagt werden –, dass es in 2004 Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln – Landschaftsumlage und Schlüsselzuweisungen – gab, die im Haushalt des Landschaftsverbandes Rheinland für 2004 aus zeitlichen Gründen gar nicht mehr berücksichtigt werden konnten.

Besonders durch die Kreditierung wegbrechen der Steuereinnahmen hat das Land die Kommu-

nen und damit auch den Landschaftsverband einerseits entlastet; andererseits wird jedoch hier das Problem – und darauf komme ich gleich zu sprechen – auf das Jahr 2006 verschoben.

Nachdem im Laufe des Jahres 2004 bekannt wurde, dass durch diese Entscheidung des Landes Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln eintraten, wurden anfangs auch Forderungen erhoben – wir haben ja gemeinsam darüber diskutiert –, dass der LVR seine Umlage für das Jahr 2004 entsprechend nach unten korrigiert.

Ich betone an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich, dass es richtig war, keine Umlagesenkung in 2004 wegen dieser Mehreinnahmen von rund 70 Millionen Euro vorzunehmen. Es stand nämlich fest, dass das Land diese Kreditierung für das Jahr 2005 zurückholt. Und die Folge wäre dann in 2005 ein entsprechender Umlagesprung in Höhe der Senkung von 2004 gewesen.

Im Zuge einer stabilen Beibehaltung des Umlagesatzes wäre eine solche Konstellation für das Jahr 2004 mit Umlagesenkung und für das Jahr 2005 mit Umlageerhöhung nicht sinnvoll gewesen.

(Zuruf von Bortlitz-Dickhoff, Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

– Deshalb mache ich es ganz langsam.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und FDP)

Deswegen war es richtig, dass wir diesen Weg der wechselnden Umlagehöhe nicht eingeschlagen haben, sonst wäre es uns ähnlich wie dem Schwesterverband LWL ergangen, der bei der Verabschiedung des Haushaltes 2004 noch eine Umlagesenkung vorgenommen hat und nun für das Jahr 2005 eine erhebliche Umlageerhöhung beschließen musste.

Die SPD-Fraktion begrüßt es als richtigen Weg, dass nun die Mehreinnahmen und der gesamte Überschuss des Jahres 2004 in Höhe von rund 92 Millionen Euro für das Jahr 2005 eingesetzt werden und somit eine Umlageerhöhung für dieses Jahr vermieden wird.

(Bartsch, CDU: Das ist ja kaum zu glauben!)

Wenn rund 10 Millionen Euro einen Umlagesatz von 0,1 Prozentpunkten bei der Umlage ausma-

chen, so wäre ohne eine solche Konstruktion und ohne Erzielen eines solchen Ergebnisses aus 2004, das ja nach 2005 herübergerettet wird, rein rechnerisch eine Umlageerhöhung von 0,9 Prozentpunkten notwendig gewesen.

(Keil, SPD: Hört, hört!)

Der Kämmerer hat schon bei seiner Rede zur Einbringung des Haushaltsentwurfes 2005 sehr deutlich gemacht, dass uns die für das Jahr 2004 günstige Kreditierung im Jahre 2006 in einer Größenordnung von rund 70 Millionen Euro Einnahmeverlust einholen wird. Das macht allein für den LVR für 2006 eine Umlagebelastung von rund 0,7 Prozentpunkten aus.

(Boss, CDU: 20 Millionen sind noch dazugekommen!)

Dies hat die Verwaltung in ihrer Finanzplanung schon dargestellt.

Kurz: Das Jahr 2006 ist das Jahr, das uns finanziell noch mehr Schwierigkeiten machen wird. Das fordert aber erst recht Umsicht bei der Gestaltung der Umlage für das Jahr 2005.

(Heidrich, CDU: Bei den 17 Anträgen!)

– Darauf komme ich jetzt, Herr Heidrich.

Zu den Einzelthemen des Haushaltes. Kompliment zunächst an unsere Gesprächspartner in der Gestaltungsmehrheit. Wir nehmen sie übrigens völlig anders wahr als Sie.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP – Lachen bei der CDU)

Die gemeinsamen Beratungen sowohl auf Vorstands-, Arbeitskreis und Fraktionsebene –

(Heidrich, CDU: Das nennt man selektive Wahrnehmung! – Peil, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Eben, Herr Heidrich!)

– Ja. – Also: Unsere gemeinsamen Beratungen waren getragen von den grundsätzlichen Gedanken zum einen, Versäumnisse und fehlerhafte Entscheidungen der letzten Jahre zu korrigieren

(Boss, CDU: Ei, ei, ei!)

– so was gibt's auch –, zum anderen aber dies im Rahmen des Gesamthaushaltsbudgets zu versuchen, um unsere Kommunen nicht weiter zu belasten.

(Lachen bei der CDU)

Schwerpunkt in unserem Etat ist ausgabemäßig wiederum der Bereich der Eingliederungshilfe, weil diese Hilfe natürlich zu den zentralen Aufgaben des LVR gehört.

Auch wenn hier für den stationären Bereich in 2005 gegenüber 2004 weitere Steigerungen zu verzeichnen sind, so ist entscheidend festzustellen, dass die Fallzahlentwicklung im stationären Bereich sich jetzt leicht abgeschwächt hat.

Hier möchte ich noch einmal betonen, dass es eine richtige Entscheidung war, dass die rot-grüne Landesregierung NRW die Zuständigkeit für das Betreute Wohnen von den örtlichen Sozialhilfeträgern mit Wirkung vom 01.07.2003 auf die Landschaftsverbände übertragen hat. Das hatten wir ja bereits frühzeitig gefordert.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Diese Konstruktion, nämlich „Leistungen aus einer Hand“, zahlt sich jetzt aus und wird sich in den nächsten Jahren noch weiter „auszahlen“. Wir als SPD-Fraktion stehen voll hinter dem Ausbau der ambulanten Angebote – nicht nur, weil dies die billigere Alternative zur stationären Unterbringung ist, sondern weil auch das richtige Ziel verfolgt wird, Menschen mit Behinderungen zu einem weitgehend selbstständigen Leben zu befähigen.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Und hier war es auch richtig, in jeder Region Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsangebote für Menschen mit geistiger Behinderung auszubauen, um damit stationäre Maßnahmen möglichst zu vermeiden.

Die SPD-Fraktion hat deshalb schon rechtzeitig die Förderung von Kontakt- und Beratungsstellen für diese Menschen gefordert, und

(Heidrich, CDU: Das haben wir umgesetzt!)

es findet jetzt seinen Niederschlag im Haushaltsplanentwurf 2005, wo rund vier Millionen Euro für diese Fördermaßnahmen veranschlagt sind.

(Boss, CDU: Alles in den Jahren der absoluten Mehrheit!)

Sie alle wissen – jetzt zum Bereich der Schulen –, dass in den rheinischen Schulen für Körperbehinderte zum Beispiel Blinde, Hörgeschädigte, Schülerinnen und Schüler pädagogisch, therapeutisch und auch pflegerisch betreut werden. Deshalb haben die politischen Gremien der Landschaftsversammlung in der Vergangenheit einen Betreuungsschlüssel für die Therapeuten in Höhe von 1 : 16 und für die pflegerische Versorgung von 1 : 50 beschlossen.

Wie die Verwaltung uns vorgetragen hat, ist dieser Schlüssel im Jahre 2004 wegen der begrenzten Mittel nicht sichergestellt worden, sodass viele Stellen nicht besetzt werden konnten.

(Boss, CDU: Schönen
Dank an den Minister!)

Die SPD-Fraktion stimmt ausdrücklich nunmehr den zusätzlichen Personalkosten zu, die in 2005 zunächst mit einem Halbjahresbedarf eingesetzt werden, damit dieser Förderstandard für unsere Schulen wieder eingehalten werden kann.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/
DIE GRÜNEN und FDP)

Ebenso hat sich die neue Gestaltungsmehrheit erfolgreich dafür eingesetzt, dass auch die Rheinische Schule in Düsseldorf nun endlich am Programm „Offene Ganztagschule“ der rot-grünen Landesregierung teilnehmen kann.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/
DIE GRÜNEN und FDP)

Endlich – mit Fragezeichen? Es ist mir bis heute unverständlich, warum die CDU-Fraktion in diesem Hause den erklärten Willen von Eltern, Kindern und Lehrern, an diesem Programm teilnehmen zu wollen, bislang so eklatant missachtet hat.

(Zustimmung bei SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP – Boss, CDU: Wirtschaftliche Zahlen spielen dabei eine Rolle! – Bortlitz-Dickhoff, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Ihr habt nicht höflich genug gefragt!)

Nun, meine Damen und Herren, ein erster kleiner Schritt in die neue Welt des NKF. Durch eine freiwillige intensive Schulung, die Teile der SPD-Fraktion schon erfahren haben, haben wir mit NKF Neuland betreten und sind – das muss ich natürlich zugeben – noch im Lernprozess. Ich

danke hier meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen ausdrücklich für dieses Engagement.

So werden wir es als Fraktionen für die Zukunft lernen müssen, uns nicht nur mit Zahlenansätzen bei verschiedenen Finanzpositionen zu beschäftigen, sondern wir müssen uns auch mit Zielvereinbarungen und Kennzahlen auseinandersetzen, die sich hinter den Geldansätzen verbergen.

Und das hat in der Abwicklung eines Haushaltes zur Folge, dass wir im Laufe der Periode vergleichen müssen, wie sich die Kennzahlen verändert haben und ob das gesetzte Ziel, das im Plan vereinbart ist, noch erreicht werden kann.

Um es konkreter zu formulieren: Die wesentlichen politischen Schwerpunkte und die zukünftige neue Arbeitsweise liegt nun nicht mehr darin, bei Haushaltsberatungen einzelne Haushaltsstellen zu verändern und hierfür entsprechende Einnahme- oder Ausgabeanträge zu formulieren, sondern der Schwerpunkt liegt nun darin, der Logik des NKF folgend mit der Verwaltung Zielvereinbarungen abzuschließen.

Aufgabe der Politik ist es, Zielvereinbarungen, Zielvorgaben und deren Umsetzung zu begleiten, zu überprüfen und der Fachverwaltung die notwendigen Detailarbeitsschritte zu überlassen.

Und hierzu haben wir Ihnen als erstes Beispiel einer Zielvereinbarung vorgelegt: die Einrichtung eines neuen Teilproduktes im Produktbereich 31 und der Produktgruppe 17 mit dem Titel „Ambulante Leistungen für Kinder mit Behinderungen zur vorschulischen Bildung in Kindertagesstätten“.

Erstes Ziel: In 2005 werden zum Aufbau der Einzelintegration 150 neue Plätze des Teilproduktes geschaffen. Gleichzeitig werden in 2005 keine zusätzlichen Plätze in Sonderkindergärten eingerichtet.

Zweites Ziel: Für die behinderten Kinder, die zu lasten des LVR eine Kindertagesstätte besuchen, übernimmt der LVR ab August 2005 die jeweils entstehenden Elternbeiträge. Diese Regelung soll so lange gelten, bis über Gesetzesänderungen die Gleichbehandlung aller Kinder im Kindergartenalter hinsichtlich der Elternbeiträge erreicht ist.

Die Konzeption, den erforderlichen Ressourcenbedarf und die nötigen Mittel im Rahmen der

Gesamtdeckung des Haushaltes legt die Verwaltung bis zum 31.05.2005 den zuständigen Ausschüssen vor.

Damit, meine Damen und Herren, wird die Gleichbehandlung von Eltern behinderter Kinder – egal, ob in Sonderkindergärten oder integrativen Einrichtungen – wieder hergestellt.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/
DIE GRÜNEN und FDP)

Dem Zynismus des CDU-Beschlusses aus dem Jahre 2003, dem Europäischen Jahr der Behinderten, Eltern von behinderten Kindern, die eine integrative Tagesstätte besuchen, höher finanziell zu belasten – alleine durch den pädagogischen Über-Mittag-Beitrag – als Eltern von nicht behinderten Kindern, geschweige denn von Kindern in Sonderkindergarten, werden wir dadurch ein Ende setzen.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/
DIE GRÜNEN und FDP)

Finanzielle Umsetzung: im Rahmen des Gesamtbudgets!

So weit zunächst meine Einlassungen zum kameralen und zum NKF-Haushalt.

Aber, sehr geehrte Damen und Herren, eine Haushaltsrede zum LVR wäre unvollständig, würde sie sich nicht auch mit den Kliniken und den HPH des LVR auseinander setzen, weil alleine hier nahezu zwei Drittel aller Beschäftigten des LVR tätig sind.

In den letzten Tagen wurde in den Medien über eine Studie von Ernst & Young berichtet, die angesichts der Entwicklung im Gesundheitswesen zu dem Ergebnis kam, dass bis zu einem Viertel aller bundesdeutschen Krankenhäuser nicht überleben würden bzw. durch auflaufende Defizite von Schließung bedroht seien.

Auch wir als Träger psychiatrischer Krankenhäuser müssen bei realistischer Betrachtung feststellen, dass unsere Häuser nach mehr als 12 Jahren Budgetdeckelung ihre Rationalisierungsmöglichkeiten weitestgehend aufgebraucht haben und „mit dem Rücken zur Wand“ stehen.

Als SPD-Fraktion in der Gestaltungsmehrheit sind wir uns des Ernstes der Lage bewusst – und auch unserer Verantwortung.

Wir sehen die psychiatrische Versorgung als einen besonders bedeutsamen Teil der Arbeit des LVR. Unsere Einrichtungen übernehmen für die rheinischen Städte und Kreise wichtige Aufgaben zur Sicherung angemessener Lebens- und Versorgungsbedingungen für psychisch kranke Menschen. Wir meinen, dass sich das System der Gemeindepsychiatrie im Rheinland sehen lassen kann, und wir werden in der jetzt begonnenen Wahlperiode alles daran setzen, dieses System zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Die Trägerschaft der Rheinischen Kliniken bleibt daher ein wichtiger und für seine Arbeit unverzichtbarer Bestandteil des LVR. Das heißt auch: keine Abgabe an private Träger!

(Beifall bei Teilen der SPD)

Um die Zukunftsfähigkeit der Kliniken in Trägerschaft des LVR zu erhalten, sind in der kommenden Wahlperiode daher radikale Anstrengungen erforderlich.

Die bisherigen Ansätze zur Optimierung der Erlöse bzw. der Ausgaben sind selbstverständlich weiter zu verfolgen. Sie werden aber für eine längerfristige Zukunftssicherung allein nicht ausreichen. Unsere Kliniken werden noch stärker als bisher den Anteil ambulanter und teilstationärer Angebote ausbauen müssen. Künftige Hilfen sollten nur, wenn unvermeidbar, stationär angeboten werden.

Das Programm „Klinik im Wandel“ zielt darauf ab, die psychiatrische und psychotherapeutische Kompetenz der Kliniken in ihrer jeweiligen Region optimal einzubringen. Die Kliniken sollen daher in Abstimmung und im Zusammenwirken mit den gemeindepsychiatrischen Trägern zu psychiatrischen Kompetenzzentren weiter entwickelt werden.

Hierzu sind insbesondere Modelle der so genannten „Integrierten Versorgung“ zur Verzahnung mit dem Umfeld zu entwickeln und mit den Kostenträgern zu verhandeln.

Neben der Weiterentwicklung der Leistungsstrukturen sind auch die Organisationsabläufe, die Leitungsstrukturen und die Vergütungsstrukturen kritisch zu überprüfen, um die Kliniken bei enger werdenden Ressourcen zukunfts- und wettbewerbsfähig zu erhalten. Eigenverantwortung der Betriebe und dezentrale Strukturen sind zu stärken. Nur so können vor Ort integrierte Versorgungsformen entstehen.

Um die Wettbewerbsfähigkeit der Kliniken zu erhalten, sind auch die Transferleistungen an den Träger – trägerbedingte Kosten – auf den Prüfstand zu stellen und zu minimieren. Wettbewerbsnachteile zum Beispiel gegenüber privaten Anbietern müssen ausgeglichen werden.

Die Organisationsform – Rechtsform der Kliniken – muss sich darüber hinaus an den Eckpunkten – keine Privatisierung, ausreichende politische Gestaltungsmöglichkeiten – orientieren. Und natürlich: Alle Veränderungen sind in einem angemessenen Dialog mit den Betroffenen sozialverträglich umzusetzen.

Der Maßregelvollzug ist als Landesaufgabe dem unmittelbaren Entscheidungsbereich der Landschaftsversammlung entzogen. Durch die enge Einbindung in die Kliniken besteht jedoch regelmäßiger Informations- und Abstimmungsbedarf zwischen dem staatlichen Strang und der kommunalen Selbstverwaltung.

Die hier in der Kommission Forensik gefundene Zusammenarbeit sollte in der kommenden Wahlperiode angesichts der anstehenden Kapazitäts- und Finanzierungsprobleme in der bewährten Weise fortgesetzt werden.

Für die Heilpädagogischen Heime steht das Jahr 2005 im Zeichen der Vorbereitung für die – nach der Ausgliederung aus der Psychiatrie, der Dezentralisierung sowie der Gründung der Eigenbetriebe – vierte einschneidende Veränderung in den letzten 25 Jahren: Aus fünf Heilpädagogischen Heimen werden die drei Heilpädagogischen Netzwerke des LVR. Ihre fachlichen und organisatorischen Kerne werden 22 an den kommunalen Strukturen im Rheinland orientierte Regionen sein.

Die seit mehreren Jahren mit der Zustimmung aller Fraktionen von den HPH praktizierte, an den Niederlanden orientierte Konsulentenarbeit in den HPH muss hierzu weiterentwickelt und für alle Interessenten zugänglich gemacht werden. Wir rechnen bei den anstehenden Veränderungen auf die engagierte Mitwirkung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den HPH, nicht zuletzt im Bereich der Verwaltung.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Vereinbarungen der neuen Gestaltungsmehrheit und die darin enthaltenen Ziele zur Gesundheitspolitik bilden eine gute Grundlage, die erfolgreiche Arbeit der letzten Wahlperiode fortzuführen; in der Überzeugung: Nur wer sich jetzt rechtzeitig auf

Veränderungen einstellt, kann in der Zukunft bestehen.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP – Ach! bei der CDU)

Machen wir also unsere Kliniken „fit für die Zukunft“!

Und nun zur Umlage. Die CDU-Fraktion hat eine Senkung der Umlage von 17,3 Prozent auf 17,0 Prozent beantragt. Begründung: Der in 2004 über der Veranschlagung liegende erwirtschaftete Überschuss stehe den Mitgliedskörperschaften zu und müsse nun für eine Umlagesenkung eingesetzt werden.

(Richtig! und Beifall bei der CDU)

Und nun – bitte langsam – zum Mitrechnen:

– Der uns vorgelegte Haushalt ist ausgeglichen; er verzichtet auf eine Umlageerhöhung, weil der komplett erwirtschaftete Überschuss in Höhe von rund 92 Millionen Euro eingesetzt wird, um die Umlage stabil zu halten.

– Ohne den Einsatz des kompletten Überschusses wäre – das hat die Verwaltung nachgewiesen – eine Umlageerhöhung von 0,9 Prozent notwendig gewesen. Das heißt, der Überschuss ist bereits zur Umlagesenkung eingesetzt worden.

– Da die von der CDU vorgeschlagene Senkung von 0,3 Prozent ja schon zur Senkung verwendet wurde, würde es sich – nähme man diesen Antrag ernst – also um eine so genannte „Doppelsenkung“ handeln, einen Doppel-Whopper oder so etwas, und damit einen Einnahmeverlust von rund 30 Millionen Euro ausmachen. Woher und wodurch dies finanziert werden soll, ist dem Antrag nicht zu entnehmen.

(Zustimmung bei SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP – Zuruf von Boss, CDU)

Zusammengefasst heißt das: Es gibt für den CDU-Antrag keine Deckung, und deswegen lehnen wir ihn ab. Die SPD-Fraktion in der Gestaltungsmehrheit stimmt ausdrücklich der Beibehaltung dieses Umlagesatzes von 17,3 Prozent zu!

(Boss, CDU: Womit Sie Ihre 17 Anträge decken können!)

Abschließend: Am 17. Dezember 2004, sehr geehrte Damen und Herren, haben die Fraktionen SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP mit der Wahl von Dr. Jürgen Wilhelm zum neuen Vorsitzenden der Landschaftsversammlung Rheinland und seinen Vertretern aus allen Fraktionen ihre politische Arbeit als Gestaltungsmehrheit für die 12. Wahlperiode der Landschaftsversammlung begonnen.

Grundlage der Zusammenarbeit sind die inhaltlichen Vereinbarungen, die im Dezember 2004 im LVR-Report veröffentlicht wurden.

(Boss, CDU: Dünn!)

Dazu jetzt drei Anmerkungen gegen das Vergessen oder zum Erinnern: Parallel dazu – ab November 2004 – erschienen bis heute mehrere Veröffentlichungen der CDU-Fraktionsspitze zu dieser politischen Entwicklung.

Die Anmerkungen, die ich jetzt habe, sind in erster Linie auch für die neuen Mitglieder der CDU-Fraktion.

Bezogen auf die letzten 20 Jahre hat die SPD-Fraktion bis 1999 als stärkste Fraktion im Landschaftsverband mit unterschiedlichen Partnern die inhaltliche Arbeit des LVR entwickelt und umgesetzt: in den 80er und zu Beginn der 90er-Jahre mit der FDP-Fraktion und bis 1999 jeweils in sehr konstruktiver Arbeit mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Stichworte aus dieser Arbeit sind:

- die Umsetzung der Psychiatrie-Reform,
- die Entwicklung von psychiatrischen Förderzentren,
- der Aufbau der Heilpädagogischen Heime,
- Betreutes Wohnen für psychisch Kranke,
- Entwicklung und Aufbau der Sozialpsychiatrischen Zentren,

um nur einiges zu nennen.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/
DIE GRÜNEN und FDP)

Auch die von allen hoch gelobte Sozial- und Kulturstiftung des Landschaftsverbandes ist nicht als Geschenk vom Himmel gefallen; sie musste in zum Teil erbitterten Kämpfen gegen die CDU-Fraktion durchgesetzt werden.

(Beifall bei SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN – Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Ganz genau!)

Dies alles, meine Damen und Herren, haben wir nicht alleine erreicht als SPD-Fraktion,

(Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Sondern Rot-Grün!)

sondern nur in enger und guter Zusammenarbeit mit den jeweiligen Partnern.

(Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Das ist auch gut so!)

Nicht verschwiegen werden soll hier auch, dass wir im Interesse der gemeinsamen Verantwortung für die Kommunen und die Menschen im Rheinland in der Zeit von 1999 bis 2004 im Wesentlichen gut mit der damaligen absoluten Mehrheit der CDU kooperiert haben. Viele unserer Initiativen und Anträge konnten wir durchsetzen, meist allerdings nur über gemeinsame Anträge mit der CDU-Mehrheit. Aber im Interesse der Verbesserungen für viele Menschen, die dadurch erreicht wurden, ist dies ein akzeptabler Preis.

(Oh! bei der CDU)

Keinesfalls zu akzeptieren sind allerdings Formulierungen der CDU-Fraktionsspitze mit Überschriften wie „Ampelkoalition legt sich ins gemachte Nest“,

(Zurufe von der CDU: Stimmt doch!)

garniert mit inhaltlichen Federn, die gar nicht von den angeblichen Nestbauern selber stammen.

Hier ist Klartext angesagt: Die SPD-Fraktion hat über die vergangene Legislaturperiode einen sehr schönen Rechenschaftsbericht verfasst. Ich empfehle Ihnen, meine Damen und Herren vor allem von der CDU-Fraktion, diesen wärmstens zur Lektüre; denn in diesem SPD-Bericht können Sie präzise nachlesen, was in dieser Zeit die CDU für die Menschen im Rheinland auf den Weg gebracht hat!

Merke: Nicht überall, wo CDU darauf steht – oder besser: darauf geschrieben wird –, ist auch CDU drin!

(Beifall bei SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Daraus abzuleiten ist eine zweite Anmerkung: Alle Veröffentlichungen der CDU-Spitze in den letzten Monaten sind geprägt von einer – für mich kaum nachvollziehbaren – Arroganz gegenüber allen anderen Fraktionen, so der grundlegende Tenor, als ob nur die CDU alleine den Weg des Heils aus dem unerträglichen alltäglichen Sein bieten könnte.

(Frau Eckenbach, CDU: Aber wir sind die stärkste Fraktion!)

Mit Verlaub, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch im Hinblick auf die politische Entwicklung dieses Verbandes, die ich eben kurz skizziert habe: Ich halte diese Arroganz für einen herben Schlag ins Gesicht alle derjenigen Frauen und Männer aus den unterschiedlichsten Fraktionen, die sich hier zum Teil seit Jahren bemühen, politisch-fachlich qualifizierte Arbeit für die Kommunen und die Menschen in dieser Region zu leisten.

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD – Lebhaftes Zurufe von der CDU)

Und dies immer in dem Wissen: Problemlösungen sind nur gemeinsam zu schaffen, und nur dann, wenn die Partner sich gegenseitig akzeptieren und sich auf Augenhöhe begegnen.

(Boss, CDU: Was Sie nicht akzeptieren! – Allgemeine Zurufe)

Und genau diese Arroganz, diese Selbstgefälligkeit, dieses Nicht-Akzeptieren der möglichen anderen Koalitionspartner „auf Augenhöhe“ hat dazu geführt, dass letztendlich im Herbst – bei den Koalitionsgesprächen – niemand mehr von den anderen Fraktionen, salopp gesagt, „mit der CDU spielen wollte“!

(Zuruf von Boss, CDU – Weitere Zurufe von der CDU)

Und eine dritte Anmerkung: Die CDU-Fraktionspitze – Herr Heidrich hat es ja eben noch einmal formuliert – befürchtet laut LVR-Report im Januar dieses Jahres, dass aus „Qualität für Menschen“ nunmehr „Posten für Machthungrige“ wird.

(Zurufe von der CDU)

Sprache, meine Damen und Herren, ist verräterisch. Oder – laut Volksmund – „wie man spricht, so denkt man auch“. Also: Da scheint der CDU irgendetwas durch die Lappen gegangen zu

sein! Da hat sie – so meine Deutung – wohl in der Vergangenheit zu selbstverständlich „Qualität für Menschen“ gleichgesetzt mit Quantität, das heißt möglichst alles für die CDU.

Die Wählerinnen und Wähler im Rheinland haben anders entschieden. Aber dieses Denken, diese Sprache, diese Abwertung anderer Menschen zieht sich ja anscheinend in Ihrer Partei bis in die Landesspitze durch.

Martin Heidegger sagte: „Die Sprache ist das Haus des Denkens.“ Jürgen Rüttgers sagte im „Stadt-Anzeiger“ am letzten Wochenende: „Solange in diesem Land Kurse angeboten werden wie ... ‚afrikanisches Trommeln für Menschen mit Weichteilrheumatismus‘, gibt es noch Geld zum Sparen.“

Die Dreistigkeit dieses Ausspruchs, mit dem Menschen mit großen Schmerzen zugunsten eines populistischen Effektes missbraucht werden,

(Zustimmung bei SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP – Widerspruch bei der CDU)

ist wohl kaum zu überbieten. Damit werden schon wieder – ohne sich mit Inhalten auseinander zu setzen – Sprachschubladen gebraucht, um Personen zu denunzieren. Ist diese Sprache ein Haus, in dem wir wohnen möchten?

(Zurufe von der CDU: Redet mal mit eurer Fraktion! – 66 Tage!)

Und vieles ist ja möglicherweise auch erklärbar durch den anlaufenden Landtagswahlkampf, sehr wahrscheinlich auch die Rede meines Vordrers.

Heiner Geisler hat zu diesen Wahlschlachten gesagt – das habe ich eben bei Ihnen auch so verstanden, Herr Heidrich –: „Wenn die Fahne weht, ist der Verstand in der Trompete.“

(Große Heiterkeit und Beifall bei SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Deswegen geht die Bitte an die CDU-Fraktionspitze: Rollen Sie die Fahnen ein und beenden Sie den kleinkarierten Geschäftsordnungskrieg und die Erbsenzählerei der vergangenen Wochen! Grenzen Sie sich und Ihre Fraktionskollegen nicht weiterhin selber aus! Es gibt gemeinsam genug zu tun.

Zum Abschluss meiner Ausführungen möchte ich danken: der Verwaltung – an der Spitze Herr Molsberger –, dem Kämmerer, Herrn Voigtsberger, dessen Handschrift diesen Haushalt gestaltet hat, sowie allen anderen, der Dezernentin und den Dezernenten, für die insgesamt gute Zusammenarbeit. Sie haben es nicht immer einfach mit uns von der politischen Vertretung. Für Ihren Einsatz, für Ihre Leidenschaft ein herzlicher Dank!

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP – Diekmann, CDU: Das stimmt!)

Einbinden will ich in diesen Dank auch alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Personalvertretung, und ich bitte Sie, Herr Landesdirektor, diesen Dank entsprechend weiterzuleiten.

(Beifall bei Teilen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP – Diekmann, CDU: Schwacher Applaus!)

Sehr geehrte Damen und Herren, die Mehrheit aus Sozialdemokraten, Grünen und Freien Demokraten in der Landschaftsversammlung wird die Arbeit des Landschaftsverbandes Rheinland in den nächsten Jahren gestalten: mit großem Engagement – inhaltlich und personell – und mit dem Ziel, „die Qualität für Menschen“ im Rheinland zu erhalten und weiter zu verbessern.

Dafür steht die SPD-Fraktion, und dafür stehe ich! – Ich danke Ihnen.

(Langanhaltender lebhafter Beifall bei SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP – Bartsch, CDU: Selbst den Applaus macht ihr uns jetzt schon nach!)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Asch.

(Bartsch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Jetzt müsst ihr auch mit Applaus anfangen!)

Frau Asch (Bündnis 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 11.11.2004 wurde nicht nur überall im Rheinland der Karneval eröffnet, sondern es wurde auch die Vereinbarung für ein neues rheinisches Dreigestirn unterzeichnet.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Boss und Diekmann, beide CDU, zeigen den Karnevalsgruß – Lebhaftes Zurufe von der CDU)

– Ich freue mich, dass offenbar etwas von dem Karneval die CDU-Fraktion immer noch bewegt.

(Diekmann, CDU: Jetzt kommt der Aschermittwoch! – Dr. Rolle, SPD: Das verstehen die! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Wenn Sie mich weitersprechen lassen würden, verehrte CDU-Fraktion, kämen wir dazu, dass viele dachten, diese Vereinbarung und die gemeinsame Gestaltungsmehrheit zwischen SPD, FDP und Grünen sei ein Karnevalsscherz. Aber Sie sehen, Aschermittwoch kam, und wir, wir arbeiten immer noch zusammen. Wir setzen geschlossen unser gemeinsam vereinbartes Programm um.

(Zuruf von der CDU: Der Karnevalsverein kommt jetzt!)

Dabei sind wir, meine Damen und Herren, froh, dass der Begriff der gestalterischen Mehrheit kein hohles Wortgeklingel ist, sondern jeden Tag immer wieder mit Leben erfüllt wird. Herr Heidrich, ich kann mir vorstellen, dass es Sie ärgert, wenn Sie wahrnehmen, dass wir sehr gut und aktiv zusammenarbeiten.

(Heidrich, CDU: Das habe ich noch nicht wahrgenommen!)

Aber Sie können deswegen die Realität nicht verbiegen.

Am Anfang unserer Zusammenarbeit stand die Korrektur einiger unsinniger CDU-Beschlüsse. Ich nenne nur die Stichworte: Servicebetrieb Viersen; Satzung der Rheinland Kultur GmbH und vieles andere mehr.

(Boss, CDU: Nach wie vor gut!)

Das war sozusagen am Anfang die Pflicht. Jetzt folgt bei der inhaltlichen Positionierung des Landschaftsverbandes Rheinland die Kür.

Für unsere Fraktion stand und steht die qualitative Verbesserung der Arbeit des Landschaftsverbandes immer im Vordergrund unseres politischen Handelns. Deshalb freuen wir uns, dass wir aktive Mitstreiterinnen und Mitstreiter gefunden haben, die das genauso sehen.

(Beifall bei Bündnis 90/
DIE GRÜNEN und SPD)

Und ich möchte mich an dieser Stelle sehr herzlich bei den Fraktionen von SPD und FDP bedanken, vor allen Dingen bei ihren Vorsitzenden, Jürgen Rolle und Bernd Paßmann, für die sehr gute und freundschaftliche Zusammenarbeit und für den guten Start unserer Kooperation.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN,
SPD und FDP – Zurufe von der CDU)

Wir gehen, meine Damen und Herren, angesichts der angespannten Haushaltslage der Kreise und Kommunen wie auch des Landschaftsverbandes selber die Strukturprobleme entschlossen an. Wir verbinden Qualitätssteigerung mit langfristiger Kostensenkung, wo immer es geht. Und dass es geht, zeigen wir mit unserer Haushaltsgestaltung.

(Beifall bei Bündnis 90/
DIE GRÜNEN und FDP)

Wir fördern die Integration von Menschen mit Behinderung und sparen gleichzeitig dabei Ressourcen; denn das ist der zentrale Leitgedanke unserer Anträge zum Haushalt 2005.

Sie alle wissen, dass die Kosten der Eingliederungshilfe den Haushalt prägen. Weil die Zahl der leistungsberechtigten Menschen wächst, steigen auch in diesem Jahr die Kosten der Eingliederungshilfe wieder.

Nicht nur die geltenden Gesetze, sondern auch unser eigener sozialpolitischer und gesellschaftlicher Anspruch verpflichten uns, in jedem Einzelfall die notwendigen Hilfen bereitzustellen. Dabei setzen wir auf Integration; wir setzen konsequent auf den Grundsatz „ambulant vor stationär“.

Dabei muss, liebe Kolleginnen und Kollegen, Integration im Kindesalter beginnen. Deswegen ist es unser erklärtes Ziel, die integrative Betreuung von Kindern in ganz normalen Kindergärten, in Regelkindergärten, auszubauen.

(Beifall bei Bündnis 90/
DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Wir wollen zwei entscheidende Hürden in diesem Jahr nehmen: Wir wollen die Einzelintegration von Kindern mit Behinderung fördern, und wir wollen, dass alle behinderten Kinder und ihre Familien die gleichen Bedingungen haben –

egal, ob das Kind einen Sonderkindergarten besucht oder eine integrative Einrichtung.

Deshalb werden wir ab diesem Jahr die Elternbeiträge wieder übernehmen, bis der Gesetzgeber hier Klarheit geschaffen hat. Wir Grünen haben das Ziel, dass der Kindergartenbesuch für alle Kinder – ganz egal, ob sie behindert sind oder nicht – für die Eltern kostenfrei ist, genauso wie das der Schulbesuch auch ist.

(Beifall bei Bündnis 90/
DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Meine Damen und Herren, der Landschaftsverband steht unter Bewährung: Die Bewährungsfrist läuft; sie läuft noch bis zum magischen Jahr 2010. Dabei haben wir nicht gegen Gesetze verstoßen – wir müssen auch keine Gefängnishaft fürchten –, nein, wir stehen unter Bewährung, weil wir einen befristeten gesetzlichen Auftrag übernommen haben. Den müssen wir gut erfüllen. Das ist das Betreute Wohnen.

Wir – Politik wie Verwaltung – haben in vielen Gesprächen das Land davon überzeugt, dass die ambulanten und stationären Hilfen zum Wohnen für Menschen mit Behinderungen in eine Hand gehören. Wir haben die rot-grüne Landesregierung davon überzeugt, dass diese Leistung bei den Landschaftsverbänden am besten angesiedelt ist.

Im Zusammenspiel mit Politik und Verwaltung haben wir sehr viel unternommen, um diese neue Steuerungsverantwortung zu gestalten und dabei – wo immer möglich – alle Beteiligten in den Prozess einzubeziehen. Wir wollen die Landesrätin und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dabei aktiv unterstützen. Denn, meine Damen und Herren, wenn wir das Betreute Wohnen zum Erfolgsprojekt machen wollen, dann müssen wir politisch nachsteuern.

Wir müssen die betroffenen behinderten Menschen stärker motivieren, wirklich den Schritt zum selbstständigen Wohnen mit Assistenz zu wagen, und wir müssen gleichzeitig natürlich die Wohnheimträger motivieren, im selben Zug Heimplätze abzubauen. Deswegen haben wir gemeinsam mit unseren Bündnispartnern ein Anreizprogramm „ambulant vor stationär“ entwickelt.

Herr Heidrich, wenn Sie hier formulieren, dass das auch Ihr Ziel sei, die Eingliederungshilfe zu entlasten und Menschen mit Behinderungen außerhalb der Heime mehr anzubieten – denn

nur so bekommen wir die Entlastung hin –, frage ich mich, warum die CDU-Fraktion nicht unserem Haushaltsantrag zustimmt.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP – Heidrich, CDU: Weil wir zu wenige Möglichkeiten haben, um über Ihre Anträge beraten zu können!)

Es gibt keinen anderen Weg. Betroffene, die sich entscheiden, nicht oder nicht mehr in einem Heim zu wohnen, müssen jetzt keinen Kostenbeitrag mehr leisten; und auch ihre Angehörigen sollen nicht mehr herangezogen werden.

Die Wohnheimträger bekommen finanzielle Unterstützung für Konzepte, mit denen sie Heimplätze abbauen und die Übergänge von stationär zu ambulant niedrigschwellig gestalten können.

Wir gehen mit diesem Verzicht auf die Kostenbeteiligung der Betroffenen und ihrer Familien ganz neue Wege, nämlich genau in Richtung Leistungsgesetz und Nachteilsausgleich für Menschen mit Behinderung. Wir werden das erproben und wissenschaftlich untersuchen lassen. Das ist auch schon ein Schritt in die Richtung zu der Lösung, die wir heute gemeinsam mit der Resolution verabschiedet haben, nämlich ein Teilhabeleistungsgesetz zu entwickeln.

Wir wollen als gestalterische Mehrheit alles daran setzen, ambulante Leistungen verstärkt auszubauen. Und das ist, meine Damen und Herren, nicht nur ein sozialpolitisches Ziel hin zu mehr Integration; nein, es ist – und damit komme ich wieder zu den Strukturproblemen des Haushaltes – auch ein finanzpolitisches Ziel.

Zurzeit nehmen im Rheinland nur rund 6 000 Menschen ambulante Hilfen in Anspruch; immer noch 23 000 Menschen leben in Heimen. Die Kommunen kostet die ambulante Betreuung knapp 17 000 Euro pro Person und Jahr, der Heimplatz jedoch rund 40 000 Euro. Diese Zahlen sprechen für sich. Hier muss noch viel getan werden. Deshalb brauchen wir das Anreizprogramm „ambulant vor stationär“.

(Beifall bei Bündnis 90/
DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Meine Damen und Herren, was wir nicht brauchen im Landschaftsverband – jetzt komme ich zu einem unangenehmeren Kapitel –, ist eine unseriöse Debatte um die Umlagenhöhe, wie sie hier von der CDU angezettelt wurde.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP – Heidrich, CDU: Geben Sie doch zu, dass Sie das auch überlegt haben! Gehen Sie doch davon aus, dass Sie das auch überlegt haben!)

Meine Kolleginnen und Kollegen von der CDU, es entspricht, Herr Heidrich, einfach nicht den Tatsachen, wenn Sie sich die politischen Lorbeeren dafür anheften wollen, dass dieser Haushalt ausgeglichen ist und ohne Umlageerhöhung gefahren werden kann. Wahr ist, dass diese Mehrheit – Ihre Mehrheit – in der letzten Wahlperiode den Haushalt im Grunde überhaupt nicht gestaltet, sondern alles der Verwaltung überlassen hat.

(Zustimmung bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch und Zurufe von der CDU)

– Frau Eckenbach, Sie waren, glaube ich, noch gar nicht dabei. Waren Sie schon dabei? – Dann habe ich das nicht wahrgenommen.

(Heiterkeit und Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP – Diekmann, CDU: Und die guten Leute wollen Sie jetzt abwählen!)

Man kann das ganz leicht anhand der Haushaltsanträge sehen, die Sie in den vergangenen fünf Jahren, in denen Sie immerhin die absolute Mehrheit hatten, eingebracht haben. Man kann sie leicht an einer Hand abzählen.

Auch in diesem Jahr fällt Ihnen inhaltlich überhaupt nichts ein. Stattdessen kommen Sie in der letzten Woche mit der wohlfeilen Forderung, die Umlage zu senken. Dass das so knapp passiert, hat bei Ihnen mittlerweile schon Tradition. Ich erinnere mich mit Schrecken an die letzte Haushaltsverabschiedung. Da haben Sie sogar im Landschaftsausschuss vor der Landschaftsversammlung, obwohl Sie die Mehrheit stellten, noch in allerletzter Minute eine Korrektur der Umlage vorgenommen.

(Zuruf von Frau Eckenbach, CDU)

Jeder und jede, der die Rede des Kämmerers gelesen hat – ich gehe davon aus, dass Sie das auch getan haben – –

(Heidrich, CDU: Wir haben sie gehört!
Wir brauchen sie nicht zu lesen!)

– manchmal ist es klug, das nachzulesen –,

(Frau Eckenbach, CDU: Nicht nur lesen, sondern auch verstehen!)

weiß, welche Gründe die vorgelegten Haushaltszahlen haben. Wir haben nämlich diese Situation neben der sparsamen Haushaltswirtschaft durch die Verwaltung vor allem der Landesregierung zu verdanken,

(Zurufe von der CDU)

die sich entschieden hat, den Kommunen die Einbrüche in den Umlagegrundlagen zu stunden. Dieser aktiven Landespolitik verdanken wir unter anderem die aktuellen Zahlen.

(Zustimmung bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von Diekmann, CDU)

Sie wie ich wissen – und das weiß auch die CDU-Fraktion –, dass wir diese Beträge zurückzahlen haben. Und sie werden die Landschaftsverbände als Umlageverbände doppelt treffen.

Der Kämmerer schlägt deshalb vor, den Umlagesatz von 17,3 Prozentpunkten beizubehalten. Wir folgen diesem Vorschlag, und wir entlasten damit die Kommunen in diesem Jahr um 41 Millionen Euro. Mehr Spielraum, meine Damen und Herren, gibt es nicht.

Was die Opposition hier vorschlägt, sind undurchdachte, rein populistische und auf öffentliche Effekthascherei ausgerichtete Aktionen.

(Zustimmung bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Denn wenn tatsächlich dieser Spielraum vorhanden wäre, warum um Gottes Willen hat denn die Verwaltung mit dem Landesdirektor an ihrer Spitze, der bekanntlich der CDU angehört, nicht einen Haushalt vorgelegt, der genau diesen Umlagesatz beinhaltet?

(Heidrich, CDU: Eben haben Sie gesagt, der Kämmerer hätte ihn vorgelegt!
– Frau Eckenbach, CDU: Wer denn nun?)

– Die Verwaltung hat diesen Haushalt vorgelegt.

Was Sie hier fordern, ist unseriös, weil Sie keinerlei Deckungsvorschlag machen, ja auch nicht machen können. Würde man Ihnen folgen, hätten wir eine Situation, wie sie sich jetzt in Westfalen darstellt: Achterbahnkurs in der Umlagege-

staltung, ein Jahr 'runter, im nächsten Jahr wieder 'rauf. Das schafft Unmut im Lande und schadet den Landschaftsverbänden erheblich.

Herr Schäfer und Herr Landesdirektor, es tut mir leid, dass ich das sagen muss, aber ich glaube, nicht Sie sind dafür verantwortlich, sondern das sind die politischen Mehrheiten im LWL.

Liebe Kollegen und Kolleginnen von der CDU-Fraktion, wenn Sie mit den rheinischen Kommunen Achterbahn fahren wollen, dann gehen Sie doch mit ihnen ins Phantasialand.

(Lebhafte Zustimmung bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Dann hätten alle Spaß, und die Folgen blieben auf einen Tag beschränkt.

(Heiterkeit bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Die gestalterische Mehrheit macht eine verlässliche, sie macht eine berechenbare Haushaltspolitik. Wir sind den Kommunen Partner, auf die sie sich langfristig verlassen können.

Überhaupt ist bei der CDU bei diesem Haushalt relativ wenig Gestaltungswille zu erkennen. Sie verbarrikadiert sich hinter Tagesordnungsdebatten und Formalkram, statt die Sachdiskussion zu suchen.

Meine Damen und Herren, es ist schon ein ziemlich einmaliger Vorgang, wie die CDU sich hier im LVR in die Schmollecke stellt – so nach dem Motto: Wenn wir nicht die Anführer beim Spiel sein dürfen, dann spielen wir überhaupt nicht mit und knallen das Spielbrett an die Wand.

Mich erinnert das an meine Kinder im Vorschulalter, muss ich sagen.

(Heiterkeit und Zustimmung bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Nehmen wir das Beispiel Ältestenrat. Nach endlosen Diskussionen, die wir intensiv mit Ihnen geführt haben, Herr Heidrich und Herr Boss, ist er nun so zusammengesetzt wie in vielen Kommunen – Sie alle werden das kennen –: klein und effizient. Aber was tut die CDU? Sie boykottiert ihn. Sie müssen mir schon die Frage gestatten: Müssen in Ihrer Fraktion eigentlich immer alle zuhause bleiben, nur weil einer nicht mitdarf?

(Heiterkeit und Zustimmung bei Bündnis
90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Noch problematischer ist aber Ihre Obstruktionspolitik im Landschaftsausschuss: Seit Jahr und Tag sieht die Landschaftsverbandsordnung vor, dass Beschlüsse aus den Fachausschüssen, die keine Zweidrittelmehrheit haben, im Landschaftsausschuss bestätigt werden müssen. Schon Dr. Gierden hat das in vergangenen Oppositionszeiten genutzt und immer wieder einige Beschlüsse der Debatte im Landschaftsausschuss zugeführt. Aber ihm reichten dazu die Liste der Fachausschussbeschlüsse oder die Tischvorlagen.

Bei der Beratung im Landschaftsausschuss über die Offene Ganztagschule führt die CDU-Fraktion plötzlich über diesen Sachverhalt Geschäftsordnungsdebatten: Dabei ist Ihr Ziel ganz klar: unliebsame Beschlüsse zu verzögern.

Jetzt haben wir schon wieder eine neue Kapriole auf dem Tisch: die einstweilige Verfügung gegen die Listenverbindung für die Ausschüsse. Auch hier wollen Sie wieder verhindern, dass die politische Vertretung ihrer geordneten Arbeit nachgehen kann.

(Lachen bei und Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren von der CDU, Ihr Verhalten, aus Kränkung über den Machtverlust geboren, wird das Ansehen des Landschaftsverbandes beschädigen. Das ist unverantwortlich und kindisch!

(Zustimmung bei Bündnis 90/
DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Meine Herren, Demokratie besteht auch darin, verlieren zu können.

(Diekmann, CDU: Wir stellen
die stärkste Fraktion!)

Das fällt offenbar besonders schwer, wenn man seine Niederlage selbst mit herbeigeführt hat. Es ist ja schon beachtlich, dass es die Fraktionspitze der CDU geschafft hat, gleich drei potenzielle Koalitionspartner zu vergraulen.

Statt jedoch in diesem schlechten Stil fortzufahren – und eine Kostprobe davon haben wir heute Morgen wieder von Herrn Heidrich bekommen –,

(Boss, CDU: Kennen Sie
die gültige Rechtsprechung?)

sollten Sie sich entscheiden, hier zu einer geordneten Arbeit für den Landschaftsverband und für die Menschen, für die wir verantwortlich sind, zurückfinden; denn trotz aller Differenzen in der letzten Wahlperiode – und da haben Sie uns Grüne als Opposition ja beileibe nicht mit Samthandschuhen angefasst – haben wir doch in den großen Linien Übereinkünfte erzielt.

Der Landesdirektor hat, so ist es in den Niederschriften nachzulesen, immer wieder darauf hingewiesen, dass mehr als 90 Prozent der Entscheidungen im LVR in der letzten Wahlperiode einstimmig getroffen wurden, zum Beispiel der wichtige und bundesweit beachtete Beschluss zur geschlossenen Unterbringung von Kindern und Jugendlichen. Hier haben wir gemeinsam gerungen um eine differenzierte und den komplexen Problemen gerecht werdende Haltung des LVR; eine, die nicht den plakativen Forderungen des Boulevards auf den Leim geht.

Wir wollen nicht einfach wegsperren und die negative Tradition der geschlossenen Heime wiederholen. Deswegen haben wir festgelegt, dass es im Rheinland keine institutionalisierte, geschlossene Unterbringung in Gruppen geben wird.

(Beifall bei Bündnis 90/
DIE GRÜNEN und FDP)

Und diese Grundsatzposition haben wir gemeinsam als Politik beschlossen. Ich kann nur hoffen, dass die Entgleisung, die sich der jetzige Landesrat in seiner Presseerklärung geleistet hat,

(Buh-Rufe bei Bündnis
90/DIE GRÜNEN)

nicht ein Hinweis darauf ist, dass sich die CDU-Fraktion aus diesem gemeinsamen Konsens verabschiedet.

(Zuruf von der CDU: Meinen
Sie seinen Vorgänger?)

Es gibt, meine Damen und Herren, im Landschaftsverband Rheinland viele Herausforderungen, die gemeinsam gemeistert werden sollten. Das gilt zum Beispiel für die psychiatrische Versorgung. Unsere Kliniken sind in einer wirtschaftlich sehr schwierigen Situation. Und es geht ihnen damit nicht anders als den vielen öffentlichen Häusern bundesweit, die von Schließung oder Privatisierung bedroht sind.

Deshalb müssen wir im Rheinland nach Wegen suchen, um die Kliniken als Teil des Netzwerkes der psychiatrischen Versorgung zukunftsfähig zu gestalten.

Dabei müssen wir über Rechtsformänderungen genauso nachdenken wie über neue Formen der Kooperation innerhalb des gemeindepsychiatrischen Verbundes. „Krankenhaus im Wandel“, das ist das inhaltliche Konzept, das in einer Tagung in der letzten Wahlperiode uns alle fraktionsübergreifend überzeugt hat und das als Richtschnur für eine veränderte Struktur und Praxis der Kliniken dienen soll.

Jetzt gilt es, dieses Konzept auf die Füße zu stellen und in die Praxis umzusetzen. Dabei, meine Damen und Herren, sind die Kliniken nicht Selbstzweck, sondern es gilt, die optimalen Hilfen für psychisch kranke Menschen zu entwickeln.

Durchlässigkeit zwischen stationären und ambulanten Angeboten, Betreuungskontinuität und das klare Primat der ambulanten bzw. teilstationären Hilfen, Einbeziehen von Betroffenen und Angehörigen: Das sind die Ziele, an denen wir uns orientieren und die, so zeigen uns die Erfahrungen in anderen Bundesländern, gleichzeitig die wirtschaftliche Optimierung beinhalten.

Wir wünschen uns dabei, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diesen sicherlich schwierigen Weg mitgehen und damit honorieren, dass der Landschaftsverband Rheinland keine Privatisierungsgedanken hegt.

(Beifall bei Bündnis 90/
DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Auch andere Bereiche des LVR werden sich in den nächsten Jahren grundlegend verändern. Der Abschied von der Kameralistik naht, und die Umstellung auf das Neue Kommunale Finanzmanagement läuft auf Hochtouren. Es verlangt den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen viel Engagement ab. Ein herzliches Dankeschön dafür an dieser Stelle den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in der Verwaltung.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich muss sich auch die Politik auf das NKF einstellen. Es ist nämlich unser Auftrag, nach wie vor sowohl zu gestalten und Ziele vorzugeben als auch das Verwaltungshandeln zu kontrollieren. Daran ändert auch das NKF nichts.

Ändern werden sich die Methoden. Wir werden diese daraufhin überprüfen, ob sie unseren Erwartungen und Bedürfnissen als ehrenamtlichen Politikerinnen und Politikern gerecht werden. Diese Aufgaben kann uns niemand abnehmen.

Meine Damen und Herren, über die Gestaltung der Zukunft dürfen wir unsere Verantwortung für die Vergangenheit nicht vergessen, zum Beispiel für diejenigen, die als Zwangsarbeiterinnen unserer Vorgängerinstitution Provinzialverwaltung oft Jahre ihres Lebens und damit auch oft ihre Gesundheit verloren haben. Jetzt endlich mit der neuen Gestaltungsmehrheit stellt sich der Landschaftsverband auch dieser geschichtlichen Verantwortung.

Wir hatten bereits sozusagen im Vorgriff auf unsere gemeinsame Zusammenarbeit vor fünf Jahren einen Vorstoß unternommen, sind damals aber an der Ignoranz der CDU-Fraktion gescheitert.

(Zurufe von der CDU)

Jetzt endlich werden wir ein Stück – wenn auch ein verschwindend kleines – Wiedergutmachung leisten. Wir werden mit unserem Haushaltsantrag ein Besuchsprogramm ins Leben rufen, ähnlich wie das die Städte Köln und Bonn schon haben. Damit ermöglichen wir den ehemaligen Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen, an die Orte zurückzukehren, an denen ihnen Jahre ihres Lebens gestohlen wurden.

Diese Besuche können zur individuellen Verarbeitung der erlittenen Gewalt beitragen und den Menschen ein Stück der Wertschätzung wiedergeben, die ihnen jahrelang versagt blieb. Und damit, meine Damen und Herren, leisten wir auch einen Beitrag gegen die zunehmenden rechtsextremen Tendenzen in unserer Gesellschaft.

(Beifall bei Bündnis 90/
DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Spätestens seit dem Einzug einer rechtsradikalen Fraktion in den Kölner Stadtrat – das ist immerhin eine Stadt, die sich ihrer großen Toleranz und Weltoffenheit rühmt – muss uns allen klar sein, dass Rechtsradikalismus kein Thema ist, das sich auf die ostdeutschen Bundesländer beschränken lässt.

Deshalb müssen wir in allen Bereichen die Verbrechen der Nazi-Diktatur aufarbeiten; denn

nur, meine Damen und Herren, indem wir die Erinnerung an die Nazi-Gräueltaten wach halten, mahnen wir immer wieder vor den Folgen, die eine rechtsextreme Gesinnung hervorruft.

(Beifall bei Bündnis 90/
DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Neben den Wahlerfolgen des Rechtsextremismus steht nur ein Thema dauerhaft im Zentrum des öffentlichen Interesses. Das ist die Arbeitslosigkeit. Der Landschaftsverband Rheinland hat in der Vergangenheit seinen Beitrag zur Ausbildung junger Menschen geleistet. Er wird es, so ist es unser ausdrücklicher Wunsch, weiterhin tun.

Zudem haben wir uns als Gestaltungsmehrheit gemeinsam dafür eingesetzt, dass auch der wissenschaftliche Nachwuchs eine größere Chance erhält. Volontariatsstellen können endlich wieder besetzt werden. Ein Anfang ist gemacht!

Meine Damen und Herren, nähern wir uns den angenehmen Seiten des Lebens. Pünktlich zur Verabschiedung des Haushalts scheint auch über dem Rheinland endlich mal wieder die Sonne.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN,
SPD und FDP – Boss, CDU: So weit
zum Wetterbericht!)

Wir wollen die Chance der Gestaltungsmehrheit nutzen, um den Landschaftsverband endlich etwas näher ans Licht zu führen. Erst vor wenigen Wochen ist nach langem Tauziehen der Vertrag von Kyoto in Kraft getreten. Bis 2012 muss die Bundesrepublik den Kohlendioxid-Ausstoß um 21 Prozent gegenüber 1990 verringert haben. Und da die letzten Meter bekanntlich immer die schwersten sind, müssen gerade jetzt Bund, Länder und Kommunen mit gutem Beispiel vorangehen. Wie sonst wollen wir von den Bürgerinnen und Bürgern Engagement für den Erhalt der Umwelt fordern, wenn wir als öffentliche Hand nicht vorangehen, um die gemeinsamen Ziele zu erreichen?

Dabei sind Investitionen in den Umweltschutz kein Luxus, kein Hobby realitätsferner Spinner, wie uns die CDU hier zu Lande immer noch Glauben machen will. Diese Investitionen sind bestens angelegtes Kapital, das uns und unseren Kindern Zinsen bringt;

(Beifall bei Bündnis 90/
DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Zinsen in Gestalt einer lebenswerten Umwelt, Zinsen aber auch in Gestalt von eingesparten Energiekosten.

Der LVR ist Eigentümer vieler Immobilien und Liegenschaften. Wir nehmen die Verantwortung, die aus dem Eigentum erwächst, ernst.

Unser Antrag „Sonne im LVR“ bedeutet, dass der Landschaftsverband künftig bei jedem Gebäude, das neu errichtet wird, bei jeder Liegenschaft, die saniert wird, prüft, wie wir Energie und Trinkwasser sparen können.

(Boss, CDU: Das macht
ihr schon heute!)

Der Umweltschutz wird künftig nicht mehr unter „ferner liefen“ rangieren, wie noch zu CDU-Zeiten, sondern er wird bestimmendes Element des Handelns von Politik und Verwaltung sein.

(Boss, CDU: Das macht ihr
schon seit Jahren, Frau Asch!)

Bis Ende Mai wird ein Programm vorliegen, das die ökologische Umgestaltung der Liegenschaften des Landschaftsverbandes ermöglicht. Das nutzt nicht nur der Umwelt, das nutzt mittelfristig auch der Kasse des Kämmerers.

(Zuruf von Frau Eckenbach, CDU)

Und ein Nebeneffekt, meine Damen und Herren ist, dass wir damit Arbeitsplätze schaffen.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Was wollen wir mehr! Wir nützen der Umwelt, wir schaffen und erhalten Arbeitsplätze im Handwerk und im innovativen Mittelstand und entlasten auf die Dauer auch noch den Haushalt des Landschaftsverbandes.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN –
Boss, CDU: Da fällt mir gerade Wind-
energie ein, hochsubventioniert. Die
kann sich keiner leisten!)

Wir werden den Fuhrpark umrüsten, sodass vor allem die Emissionen der besonders gesundheitsgefährdenden Rußpartikel auf ein Minimum reduziert werden. Wenn schon die deutsche Autoindustrie die Entwicklung auf der Standspur verschläft und sich mal eben von der ausländischen Konkurrenz in Sachen Umwelt- und Gesundheitsschutz überholen lässt,

(Diekmann, CDU: Wo soll
die denn sonst fahren?)

weil sie eben nicht diese Filter serienmäßig einbaut, dann wollen wenigstens wir uns in unserem Verantwortungsbereich auf der Höhe der Zeit bewegen.

Mit der Anschaffung von 3-Liter-Autos und Car-Sharing wollen wir erreichen, dass die notwendige Mobilität im LVR so umweltschonend wie möglich erfolgt. Auch hier gilt: Jede Investition in das Einsparen von Energie ist eine Investition in die Zukunft.

Ich gebe Ihnen ein Zitat des ehemaligen Bundesumweltministers und heutigen Exekutivdirektors des UNO-Umweltprogramms, Klaus Töpfer – in Klammern „CDU“ –, mit auf den Weg:

Was wir heute nicht anpacken, ist morgen nicht mehr durch kurzfristige Maßnahmen zu bewältigen;

(Diekmann, CDU: Genau
das sagen wir beim Straßenbau!)

denn der Klimaeffekt ist nicht irgendeine Marotte der Ökologen und Bürgerinitiativen, sondern eine der ernstesten Herausforderungen, denen wir uns gegenübersehen.

Wir werden jedenfalls dafür sorgen, dass der LVR sich dieser Herausforderung stellt und handelt.

(Diekmann, CDU: Weltweit!)

Ich bin mir sicher, mit der gestalterischen Mehrheit an der Seite wird auch diese Aufgabe nicht zu hohlem Wortgeklingel verhallen, sondern mit Leben erfüllt werden.

So geht der Ruck vielleicht nicht durchs ganze Land, aber zumindest durch den Landschaftsverband.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN –
Boss, CDU: Wir werden fragen, wie viel
das kostet!)

Meine Damen und Herren, ein bekanntes Sprichwort sagt: Wenn der Wind der Veränderung weht, bauen die einen Mauern, die anderen Windmühlen.

Lassen Sie uns in der Wahlperiode, die vor uns liegt, weniger Mauern und mehr Windmühlen errichten.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP –
Zurufe von der CDU)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Meine Damen und Herren, es ist ja im Parlament bekannt, dass jeder für das Niveau seiner Zwischenrufe selbst verantwortlich ist.

(Sehr gut! und Beifall bei der SPD)

Das gilt für alle. Aber ich darf Sie trotzdem um ein Niveau an wechselseitigem Respekt bitten. Auch das gilt für alle.

(Bravo! und Beifall bei der SPD)

Für die FDP spricht Herr Paßmann.

Paßmann (FDP): Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Landesdirektor Schäfer vom Schwesterverband LWL! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Haushaltsberatungen für den Landschaftsverband standen in den vergangenen Jahren stets unter dem Bemühen, den LVR nach außen möglichst geschlossen auftreten zu lassen. Dieser Grundkonsens, verbunden mit dem grundlegenden Respekt vor demokratischen Mehrheiten, hat auch in schwierigen Diskussionen mit Land und Mitgliedskörperschaften seinen Eindruck nie verfehlt.

Gerade die CDU hat immer wieder auf diese Gemeinsamkeit hingewiesen. Ihre Appelle fielen auf fruchtbaren Boden,

(Heidrich, CDU: Aber nicht
bei Ihnen! Bei den Grünen nie!)

und sie hat es auch an ätzender Kritik nicht fehlen lassen, wann immer dies in Frage stand.

Die FDP-Fraktion hofft natürlich, dass die CDU die demokratische Mehrheitsbildung auch dann respektiert, wenn sie zu ihren Ungunsten ausfällt.

Bei dieser Haushaltsverabschiedung könnte es offenbar zur Nagelprobe kommen. Wir setzen darauf, dass auch in diesem Saal die Vernunft siegen wird.

(Beifall bei FDP, SPD und Bündnis 90/
DIE GRÜNEN – Dr. Rolle, SPD: Aber
nur da, wo sie ist!)

Wir hatten uns schon gewundert, dass das in allen Ausschüssen unwiderrprochen akzeptierte und vereinbarte Verfahren, die Änderungsanträge zum Haushalt angesichts der diesjährigen Terminenge erst in den Finanzausschuss einzubringen, was übrigens auch dort noch im Einvernehmen aufgenommen wurde, in der Abschlussberatung im Landschaftsausschuss urplötzlich gegebelt wurde.

Auch verzichtete die CDU auf jeglichen eigenen Antrag in der Sache; stattdessen konnte die Mehrheit aus der Presse von ihrer Absicht erfahren, eine Umlagesenkung zu erreichen. Darauf komme ich gleich noch zurück.

Nur zum Vergleich: Die Gestaltungsmehrheit hatte ihre Anträge in den meisten Fachausschüssen, ohne sie dort bereits ausformuliert vorzulegen, im Wesentlichen schon angekündigt und erläutert. Überraschungen hat es somit weder im Finanz- noch im Landschaftsausschuss gegeben.

(Heidrich, CDU: Das stimmt einfach nicht! – Weiterer Zuruf von der CDU: Das kann doch wohl nicht wahr sein!)

Das einvernehmliche Verfahren sollte es ja nicht zuletzt der Opposition ermöglichen, mit eigenen Anträgen noch Akzente zu setzen oder Gegenpositionen zu beziehen. Über Auskunftswünsche an die Verwaltung hinaus passierte nichts.

Vielleicht hängt dies ja damit zusammen, dass der Haushalt noch zu Zeiten der absoluten CDU-Mehrheit durch die Verwaltung aufgestellt wurde, auch damit, dass der Landesdirektor kurz vor der Kommunalwahl seine Ankündigung, der Hebesatz werde unverändert bleiben,

(Klein, FDP: Richtig!)

vor niemand anderem als der CDU-Fraktion machte, wie etwa die Presse im Erftkreis berichtete.

Jetzt hingegen entsteht der Eindruck, die CDU stelle ihren Landesdirektor in den Regen.

(Heidrich, CDU: Wenn die Sonne scheint!)

Wie sonst soll man den vollkommen unseriösen Antrag verstehen, den Hebesatz um 0,3 Prozentpunkte zu senken?

Wir können nur wünschen, dass ein solcher Schauantrag nicht als untaugliches und auch unglaubwürdiges Mittel zur Begründung einer Etatablehnung erhalten soll. Bis zuletzt hoffen wir, dass es zu einer breiten Zustimmung zum Haushalt kommen wird, den die Union ja bereits öffentlich als den ihren gefeiert hatte.

Wir appellieren an die CDU-Spitze, nicht auf eine Politik der verbrannten Erde zu setzen.

Ich komme zu dem Antrag zurück: Sie wissen, der Landschaftsverband Rheinland entlastet seine Mitgliedskörperschaften in diesem Jahr um 41 Millionen Euro. Über den Überschuss von 30 Millionen Euro aus dem Jahre 2004 hinaus, auf den sich die Antragsteller berufen, werden somit weitere 11 Millionen Euro an die kommunale Familie zurückgegeben.

Der Hebesatz der Landschaftsumlage kann somit, wie vom Landesdirektor avisiert und gewollt, stabil bleiben. Dafür gebührt dem Kämmerer und seiner Mitarbeiterschaft in der Kämmererei, aber auch der gesamten Verwaltung unser herzlicher Dank.

(Beifall bei FDP, SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Wir wissen, was wir an Harry Voigtsberger haben, was er für den LVR leistet, und wir sehen auch die Zukunft unseres Verbandes bei ihm in den besten Händen.

(Beifall bei FDP, SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Er hat unverändert unser und auch mein uneingeschränktes Vertrauen.

(Beifall bei FDP, SPD und Bündnis 90/
DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU: Ein
Höchstmaß an Liberalität!)

Die FDP-Fraktion hat in der Gestaltungsmehrheit verlässliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit für die kommunalen Haushalte vereinbart. Dem trägt eine solide Finanzpolitik im Etat 2005 Rechnung.

Käme die Gestaltungsmehrheit der Forderung der CDU nach, die Landschaftsumlage wie beantragt zu senken, würde dies ein Loch von 30 Mil-

tionen Euro in den LVR-Haushalt reißen. Auf einen Deckungsvorschlag wird großzügig verzichtet. Mit seriöser Haushaltspolitik hat dies nichts zu tun.

(Zustimmung bei FDP, SPD
und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Der Etat 2006 erhalte eine Vorbelastung von 60 Millionen Euro. Das Ziel der Hebesatzstabilität auch im kommenden Jahr wäre auf das Äußerste gefährdet.

Außerdem muss der LVR auch noch im Jahre 2006 kreditierte Landesmittel in einem Umfang von ca. 70 Millionen Euro zurückzahlen. Auch dies wissen Sie.

Zudem ist nach der Etatverabschiedung in den meisten Städten und Kreisen eine Umlagesenkung längst kein Thema mehr; sie würde schlichtweg versanden. Wir haben das ja einmal in der Vergangenheit erlebt. Eine Weitergabe an die kreisangehörigen Städte und Gemeinden wäre schon gar nicht mehr zu realisieren.

Die FDP fühlt sich der Umlagekontinuität verpflichtet. Welche Folgen ein kurzatmiges Hin und Her haben kann, demonstriert die große Koalition in unserem Schwesterverband Westfalen-Lippe, die den Hebesatz für 2005 um 0,6 Prozentpunkte angehoben hat.

Solche Wechselbäder und unangenehme Überraschungen will die FDP-Fraktion den Kommunen keinesfalls zumuten. Hingegen setzen wir weiterhin auf eine nachhaltige Entlastung des LVR-Haushalts, zum einen durch ein umfangreiches Anreizprogramm „ambulant vor stationär“, zum anderen durch die Förderung der Betreuung behinderter Kinder in integrativen Gruppen und zukünftig auch in wohnortnaher Einzelförderung zulasten der kostspieligen Sondertagesstätten.

Beides garantiert zugleich mehr Selbstständigkeit und möglichst viel Normalität für die betreuten Erwachsenen und Kinder mit Behinderungen.

Die fachliche und wirtschaftliche Selbstständigkeit der Heilpädagogischen Heime wird schnellstens wiederhergestellt, indem die Personalunion mit dem Servicebetrieb Viersen aufgehoben wird. Auch die neue Dienststellenstruktur mit Abbau örtlicher zugunsten zentraler Dezernatspersonalräte hatte die FDP rechtzeitig als überschießenden Zentralismus kritisiert.

Für uns Liberale hat sinnvoller Umweltschutz einen besonderen Stellenwert. Wir haben daher nicht verstanden, weshalb in der vergangenen Wahlperiode manches wirtschaftlich rentable Projekt beargwöhnt und angezweifelt wurde, bisweilen sogar in haarsträubendem Konflikt mit Adam Riese. Ich erinnere an die Diskussion um ein Passiv-Energiehaus bei Neubauten für HPH-Wohngruppen.

Uns liegt daran, gerade die landschaftsverträgliche Umwelttechnik zu fördern und beispielgebend umsetzen zu helfen.

(Pankatz, FDP: Richtig!)

Wir stellen zudem erfreut fest, dass die Bauverwaltung zum Beispiel Blockheizkraftwerke seit kurzem in ihre Planungen einbezieht.

(Beifall bei FDP und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

In den letzten Jahren hat sich auch die FDP-Fraktion erfolgreich dafür eingesetzt, dass bei Neu- und Umbaumaßnahmen doppelte Rohr- und Leitungssysteme installiert werden. Damit sollte die Möglichkeit einer späteren umweltfreundlichen Brauchwasser- und Sonnenenergie-Nutzung zumindest offen gehalten werden.

(Boss, CDU: Gemeinsam
mit der CDU, Herr Paßmann!)

Diese brachliegende, in der Vergangenheit vielfach bewusst ausgeschlagene Option wollen wir jetzt aktivieren.

(Beifall bei der FDP – Boss, CDU: Das haben wir damals gemeinsam gemacht!)

Dies gilt natürlich auch für neue Projekte. Die wohl bedeutendste Baumaßnahme dieser Wahlperiode, der Neubau des Regionalmuseums Xanten, hat dabei natürlich Signalwirkung. Wir wollen auch hier ressourcenschonende Technik vorbildlich umgesetzt wissen. Den echten oder scheinbaren Konflikt zwischen Museumsauftrag und Ökotechnik werden wir daher zumindest aufzulösen versuchen.

(Beifall bei FDP, SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Der Museumsbau soll den Baukörper und die Abmessungen des antiken Eingangsgebäudes aufnehmen und veranschaulichen. Da gibt es die

Besorgnis, ein weithin im Park sichtbares Dach mit modernen Solarzellen könnte den beabsichtigten Eindruck beeinträchtigen oder gar zunichte machen. Vielleicht kann jedoch der Blick auf den Xantener Hafentempel zu einer intelligenten Lösung verhelfen. Dort ist die Säulenhalle nur in Andeutung ausgearbeitet. Sie versteckt gar nicht erst ihren Charakter als Rekonstruktion.

(Zuruf von der CDU: Ortsbesichtigung!)

Auch das Dach des Museums könnte, ähnlich fragmentarisch, an Eckflächen mit rotem Ziegel eingedeckt werden, im Übrigen aber aus Solarzellen, in welcher Farbe auch immer, bestehen,

(Beifall bei FDP und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

was zu der ohnehin modern anmutenden Stahl- und Glaskonstruktion des Thermenschutzbaues in einer vermutlich reizvollen und konstruktiven Spannung stünde.

(Jülich, CDU: Alles Bauausschuss!)

Der LVR verzeichnet zunehmende Erfolge bei der Anerkennung seiner Leistungen im Umweltbereich: Zertifizierungen von immer mehr Einrichtungen, kürzlich die hohe Auszeichnung für die Klinik Bonn, aber auch LVR-weit umgesetzte umweltbewusste Beschaffungsregeln sind Beleg erfolgreicher Überzeugungsarbeit und praktischer Leistung.

(Zuruf von der CDU: Ob er die Rede selbst geschrieben hat?)

Doch selbst die unbestritten erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit des Umweltamtes etwa bei der Aufarbeitung des Jakobspilgerwegs hat leider nicht überall dafür gesorgt, ihm auch in der Existenzfrage den Rücken zu stärken.

Die FDP hält sich daher durchaus zugute, für den Erhalt des Umweltamtes mit ausschlaggebend gewesen zu sein. Durch den Vorsitz im Umweltausschuss haben sich die Liberalen, wie auch schon in der letzten Wahlperiode, unmissverständlich positioniert.

Für die Zukunft gibt es Aufgaben genug. Das Öko-Audit in unseren Einrichtungen kann mit mehr Tempo vorangebracht werden. Das digitale Kulturlandschaftskataster beeindruckt nicht nur die Fachwelt, sondern verspricht auch unmittelbar fassbaren Nutzen für Mitgliedskörperschaften und Internetnutzer.

(Beifall bei FDP, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Die Gestaltungsmehrheit hat sich vorgenommen, die Vielfalt rheinischer Kultur anschaulich zu machen und somit auch neue Themen aufzunehmen. Für den Landschaftsverband hat die Kultur – trotz ihres minimalen Anteils am Gesamthaushalt – eine Schlüsselposition inne. Wir Liberalen verstehen uns dabei als Anwalt und Motor der Kulturpolitik im LVR.

(Widerspruch bei der CDU –
Zuruf von der CDU: Der Runkler!)

Jede Mehrheit setzt eigene Akzente und Schwerpunkte, so auch wir. Dies führt dazu, dass immer neue Steine in das vielgestaltige Mosaik der rheinischen Kulturpflege eingefügt werden.

(Zuruf von der CDU:
Ausgerechnet der Runkler!)

Wir nehmen dabei naturgemäß Themen in den Blick, die uns entweder zu kurz gekommen erscheinen oder besonderes Potenzial bergen, das kulturelle Profil des Rheinlandes zu schärfen.

Dabei steht für uns der Gedanke im Vordergrund, kulturelle Netzwerke zu bilden und zu fördern. Unsere eigenen Einrichtungen sind dafür besonders prädestiniert.

Einen besonderen Schwerpunkt wird das Thema der verfeimten und verfolgten Kunst einnehmen. Wir werden den Erhalt der einzigartigen Sammlung der Bürgerstiftung für verfeimte Kunst im Rahmen des akut gefährdeten Museums Baden in Solingen sicherstellen. Dies geschieht durch eine Zustiftung aus den GFG-Mitteln.

In bereits bewährter Zusammenarbeit mit der Elise-Lasker-Schüler-Stiftung in Wuppertal soll – ganz im Sinne der Vernetzung – eine bereits in Angriff genommene Horizontaufweitung verstetigt werden, nämlich in Bezug auf Literatur und Musik. Die Ausstrahlung dieses Zentrums wird weit über die Region hinausgehen.

Gegen Intoleranz und Engstirnigkeit gilt es gerade heute wieder entschieden auf die Freiheit von Kunst sowie die Vielfalt von Meinungen und Überzeugungen zu setzen.

Inhaltlich durchaus dazu passend ist die Wiederaufnahme der Aufarbeitung der Zwangsarbeit in den Kliniken unseres Vorläuferverbandes und die Realisierung eines Besuchsprogramms für ehe-

malige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter.

(Beifall bei FDP und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Viele Mitgliedskörperschaften tun dies, ungeachtet ihrer politischen Mehrheiten, schon seit längerem. Die ablehnende Haltung der CDU gegen alle anderen Fraktionen hat uns leider unwiederbringliche Jahre gekostet; wir wollen dies so schnell wie möglich nachholen.

(Beifall bei FDP, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Im Rahmen der regionalen Kulturförderung wird weiterhin die bewährte Stiftungspolitik fortgesetzt werden. Auch hier steht das Kriterium im Vordergrund, Netze zu knüpfen. Als Beispiele seien das Neandertal-Museum sowie das große Ausstellungsprojekt „Roots – Wurzeln der Menschheit“ in unserem Landesmuseum, zum anderen die Aufarbeitung der französischen Besatzungszeit durch ein Symposium sowie das Ausstellungs-vorhaben des Preußen-Museums zu Napoleon in Rheinland und Westfalen hervorgehoben.

Vorbildlich ist auch der Gedanke von Kooperation und Verknüpfung beim Max-Ernst-Museum in Brühl verwirklicht.

Man wird freilich kritisch hinzuschauen haben, welche Lasten aus weniger erfolgreich ins Werk gesetzten Stiftungsprojekten auf uns demnächst zukommen werden. In das eine oder andere der gemachten Nester der CDU-Stiftungspolitik scheinen sich jedenfalls zuhauf „dycke Vogelmilben“ eingeschlichen zu haben.

(Heidrich, CDU: Kannst du das noch einmal auf Deutsch sagen?)

– Ja, ja, du weißt, was gemeint ist. – Hier wird uns sicherlich der Ruf nach Hilfe erteilen, gewiss auch vorgetragen im Geiste des Willens zur gemeinsamen Verantwortung, wie sie traditionell die Haushaltsverabschiedung in den vergangenen Jahren begleitet hat und auch heute begleiten möge.

Ein altes Anliegen der FDP ist die Gleichbehandlung kommunaler Archive mit denen von Kirchen, Firmen und Verbänden. Während Museen oft auf Fördervereine setzen können, sind die Archive vor Ort oft ohne Lobby und Mäzene. Bei den Museen wurde mit Hilfe der Sozial- und Kultur-

stiftung auch eine Förderung im kommunalen Bereich ermöglicht.

Wir werden daher anregen, für die Archive eine entsprechende Bezuschussung zu erwirken. Ob dies gelingt, ohne Umlagemittel einzusetzen, haben die Stiftungsgremien in der Hand. Wir fordern sie dazu auf.

Nachdem das „neue rheinland“ gegen den erbitterten Widerstand der FDP versenkt wurde, zeigt sich jetzt, wie sehr die angekündigte Nachfolgezeitschrift nur als Alibi erhalten musste, ohne Konzept und ohne Herzblut, vor allem ohne konstruktive Folgen. So hat der LVR ein Sprachrohr wohl unwiederbringlich verloren.

(Zustimmung bei der FDP)

Das renommierte Beratungsinstitut Culturplan hat in der vergangenen Wahlperiode den Kulturbereich kritisch durchleuchtet. Die engagiert vorgetragene Warnung vor zu viel Zentralisierung und zu wenig Eigenverantwortung vor Ort haben Verwaltungsspitze und CDU-Mehrheit allerdings in den Wind geschlagen.

(Zustimmung bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Uns haben die Argumente der Gutachter von Anfang an überzeugt. Deshalb wird es auch die vorgeschlagene Streichung der Verwaltungsleiterstelle im Landesmuseum Bonn nicht geben; ihre Besetzung erhält einen Sperrvermerk zugunsten des Personalausschusses.

Verstärkt werden wir den Austausch mit unseren zahlreichen ausländischen Partnern auf kulturellem, sozialem, schul- und gesundheitspolitischem Feld pflegen. Mit der neu geschaffenen Kommission „Europa und Migration“, die sicherlich mehr an die frühere Kommission Europa als an den etwas unbeweglichen Interreg-Ausschuss anknüpfen wird, steht hierfür ein geeigneter Transmissionsriemen bereit.

Ein wichtiges Feld öffnet sich auch für unsere Kliniken in der Betreuung von Migrantinnen und Migranten in Institutsambulanzen. In Langenfeld arbeitet eine solche bereits erfolgreich und auch wirtschaftlich. Durch eine Anschubfinanzierung sollen alle Kliniken in die Lage versetzt werden, ein entsprechendes Angebot aufzubauen.

Stärker gefördert werden auch externe Angebote, wie sie bereits vom Gesundheitszentrum Köln

und der Psychiatrischen Hilfgemeinschaft Duisburg vorgehalten werden.

Die verbesserte Versorgung von Menschen mit Migrationshintergrund, zum Beispiel in den Sozialpsychiatrischen Zentren, wird in den kommenden Jahren immer stärker nachgefragt werden. Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund kann künftig etwa 40 Prozent betragen. Dem muss auch in der Psychiatrie Rechnung getragen werden. Hier steht der LVR in der Verantwortung.

(Zustimmung bei FDP und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Zum Abschluss möchte ich besonders unseren beiden Partnern in der Gestaltungsmehrheit danken. Es war kein leeres Wort, als Herr Dr. Rolle auf die Frage eines Journalisten, was er der FDP denn mehr bieten können als die CDU, schlicht und treffend geantwortet hat: „Vertrauen und Zuverlässigkeit.“

(Beifall bei FDP, SPD und Bündnis 90/
DIE GRÜNEN – Oh! bei der CDU)

Dies sieht meine Fraktion bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD ebenso bestätigt wie ich persönlich bei Andrea Asch und Jürgen Rolle.

(Beifall bei FDP, SPD und Bündnis 90/
DIE GRÜNEN – Oh! bei der CDU)

Auch dem Vorsitzenden der Landschaftsversammlung, Dr. Jürgen Wilhelm, rechne ich sein Zugehen auf alle Fraktionen hoch an. Der Kontakt zu ihm, auch als stellvertretendem Vorsitzenden, war nie abgebrochen

(Zustimmung von Dr. Rolle, SPD)

und hatte uns so auch in den letzten Jahren einen Ansprechpartner in der Spitze der Landschaftsversammlung gesichert. Dafür herzlichen Dank!

(Beifall bei FDP, SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Und um der Legendenbildung vorzubeugen, warum es – neben all den inhaltlichen Gemeinsamkeiten mit den Gestaltungspartnern und sachlichen Differenzen zur CDU, die ich in vielen Einzelheiten jetzt erläutert habe – auch beim LVR nicht zu einer Zusammenarbeit von Union und Liberalen gekommen ist, möchte ich noch ein

persönliches Wort anschließen – nicht als Rechtfertigung, sondern als Erklärung:

Der kommunalpolitische Teppich war noch nie so bunt wie nach der letzten Kommunalwahl. Sie von der CDU haben dies reichlich genutzt. So gibt es in vielen Kommunen eine große Koalition, schwarz-gelb oder schwarz-grün. Ich selbst komme aus Solingen, wo es seit 30 Jahren eine hervorragende schwarz-gelbe Zusammenarbeit gibt und wo ich es durchsetzen konnte, auch gegen Stirnrüzeln meiner Landespartei, zweimal

(Prof. Patt, CDU: Na ja,
ich sehe das anders!)

auf einen eigenen OB-Kandidaten zu verzichten und mit der Union einen gemeinsamen OB-Kandidaten aufzustellen.

(Zuruf von der SPD: Das ist nicht gut!)

Das heißt, alle demokratischen Parteien können und sollten miteinander Verantwortung tragen.

(Beifall bei FDP, SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben in einigen Kommunen, wo Schwarz-Gelb möglich gewesen wäre, sich anders entschieden, so beispielsweise bei unserem Schwes-ternverband Westfalen-Lippe oder im Kreistag Aachen-Land. Sie werden Ihre Gründe dafür gehabt haben.

Hier im Hause sind Sie auf Ihren Wunschpartner FDP erst am elften Tag nach der letzten Kommunalwahl zugegangen,

(Heidrich, CDU: Das stimmt
doch nicht! Lüg' doch nicht!)

nachdem Sie zuvor schon zwei Gespräche mit der SPD und eines mit Bündnis 90/DIE GRÜNEN geführt haben.

(Heidrich, CDU: Das
stimmt einfach nicht!)

So verfährt man nicht mit Wunschpartnern!

(Zustimmung bei FDP, SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Wenn es da nicht noch den beabsichtigten Ausflug von fünf Herren gegeben hätte! In der Zeit vom 16. bis 18. Oktober 2004 haben die Herren Paul Heidrich, Frank Boss, deren beiden Pendants aus der SPD-Fraktion sowie der Landesdi-

rektor wohl eine verspätete Vatertagsreise nach Košice, der slowakischen Partnerstadt Wuppertals, geplant.

(Heidrich, CDU: Wir sind gar nicht dabei gewesen, Herr Paßmann! – Boss, CDU: Wir sind überhaupt nicht da gewesen!)

Aus terminlichen Gründen sagte aber einer nach dem anderen ab. Sie, geehrter Herr Boss, haben erst am 17.09.2004, weil Sie eine Ratssitzung in Mönchengladbach hatten, diese Reise abgesagt.

(Boss, CDU: Richtig!)

Diese lange vorbereitete Privatreise – Dienstreisen wurden nicht beantragt; sonst hätten wir das ja erfahren – hatte dem Vernehmen nach als Grund die Besichtigung des Doms von Košice, der spiegelgleich zum Dom zu Xanten ist.

Ich rege an, sehr geehrter Herr Vorsitzender, zu überlegen, ob wir nicht alle einmal dieses interessante Bauwerk besuchen können.

(Heiterkeit bei FDP, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Was Ihr Landesvorsitzender, Jürgen Rüttgers, über diese geplante Reise gesagt hat, nachdem er von unseren Parteioberen von dieser geplanten Reise erfahren hatte: Fragen Sie ihn bitte selbst.

(Frau Eckenbach, CDU: Das gibt es doch wohl nicht!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, ich bitte Sie deshalb, auch nicht weiter zu behaupten, die FDP sei der Wunschpartner der CDU gewesen. Geben Sie zu: Sie wollten die große Koalition genauso wie in Westfalen. Ich appelliere an Sie, im Interesse des Landschaftsverbandes konstruktiv weiter mitzuarbeiten und Ihre Rolle als Opposition endlich zu akzeptieren.

Die FDP-Fraktion hat trotz Ihrer absoluten Mehrheit in der Vergangenheit alle Etats – auch zum Leidwesen unserer Fraktionen vor Ort – mitgetragen. Diese Verantwortung erwarten wir auch von Ihnen. Nehmen Sie keine Haltung getreu dem Motto „Nach mir die Sintflut“ ein!

Einen abschließenden Appell richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Landesdirektor. Nach der Kommunalwahl entstand öfter der Eindruck, als wäre die Verwaltung nicht die Verwaltung aller, sondern die Verwaltung einer Fraktion. Stellver-

tretend darf ich in diesem Zusammenhang das Presseamt nennen.

(Klein, FDP: Richtig!)

Ich mag vielleicht falsch liegen, aber tun sie bitte alles, damit dieser Eindruck sich hier im Hause in der Zukunft nicht verfestigt.

(Jawohl! bei der SPD)

Meine Fraktion und ich sind jederzeit zu einer konstruktiven Zusammenarbeit mit Ihnen und der Verwaltung bereit.

Die FDP-Fraktion wird dem Haushalt und den Wirtschaftsplänen zustimmen.

(Lebhafter Beifall bei FDP, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN – Dr. Leirich, FDP: Sehr gut!)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Das Wort hat Herr Detjen.

Detjen (PDS): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Zu Beginn unserer ersten Haushaltsrede in der Landschaftsversammlung möchten sich mein Kollege, Herr Busche, unsere Mitarbeiterin, Frau Kostolnik, und ich für die faire und sachliche Aufnahme in diesem Haus bei Ihnen, den Mitgliedern der Landschaftsversammlung, aber auch bei der Verwaltung bedanken. – Das als Bemerkung vorweg. Ich werde mich bemühen, halb so lang wie der Kollege von der FDP zu sprechen.

(Bravo! und Beifall bei der CDU)

In den Gesprächen, die wir inzwischen mit den Fraktionsvorsitzenden und Geschäftsführern der in der Landschaftsversammlung vertretenen Parteien geführt haben, wurde immer wieder betont, dass die Gemeinsamkeiten zwischen allen Parteien sehr groß seien; das könne man auch am Haushalt sehen, wurde gesagt. Das derzeitige Kampfgetümmel wird sich unseres Erachtens nach den Landtagswahlen beruhigen.

(Zuruf: Hoffentlich!)

In Anbetracht der Tatsache, dass sich die vier Fraktionen in der Landschaftsversammlung im Grundsatz einig sind, will sich die PDS bemühen, doch mehr Salz in die Suppe zu bringen. Mit unseren zwei Vertretern wird uns das nur bedingt

möglich sein, aber wir werden uns anstrengen, sozialen Anliegen Gehör zu verschaffen und soziale Strukturen in der Gesellschaft und im Landschaftsverband zu erhalten und zu festigen.

(Beifall bei der PDS)

Und damit sind wir schon beim Thema, meine Damen und Herren. Die CDU hat mit ihrem Antrag, die Landschaftsumlage von 17,3 Punkten auf 17,0 Punkte zu senken, den Familienfrieden in der Landschaftsversammlung etwas getrübt. Die CDU möchte, dass die Kommunen 30 Millionen Euro sparen können – im Prinzip ein richtiges und berechtigtes Anliegen.

Dass dieses Anliegen aber unrealistisch und populistisch ist, müssten Sie von der CDU eigentlich am besten wissen. Als Sie im Jahre 2000 noch die Mehrheit stellten, haben Sie die Umlage von 17,2 auf 16,7 und im Jahre 2001 sogar auf 15,2 Prozent gesenkt und dann ab 2002 Stück für Stück und Jahr um Jahr wieder erhöht. Das ist die Realität!

(Schittges, CDU: Das ist völlig richtig: jährlich anpassen!)

Wenn Sie von der CDU pfiffiger wären, hätten Sie gesagt: Wir senken die Landschaftsumlage und erhöhen die Schlüsselzuweisungen des Landes, wenn wir in Düsseldorf erst mal an der Regierung sind.

(Zuruf von Diekmann, CDU)

Das haben Sie aber nicht gemacht.

(Zustimmung bei der SPD)

Daraus zieht die PDS die Schlussfolgerung, dass, wenn CDU und FDP im Lande die Mehrheit bekommen, die Zuweisungen des Landes an die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen weiterhin sinken werden und auch die Kommunen weiter belastet werden. Das ist doch die Realität!

(Zustimmung bei der SPD)

Über die Schlüsselzuweisungen der Landesregierung für den Landschaftsverband redet von Ihnen allen – jetzt meine ich aber auch alle – aber niemand; denn die einen sind an der Regierung, und die anderen wollen an die Regierung. Deswegen redet man nicht darüber.

(Diekmann, CDU: Die Grünen können nicht regieren!)

Unabhängig, wer von Ihnen an der Regierung war: Die Schlüsselzuweisungen des Landes gingen immer bergab.

(Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Wohin wollt ihr denn?)

1954 betrogen die Umlagemittel für die Mitglieder-körperschaften, also für die Kommunen, nur 56 Prozent und der Anteil des Landes machte 44 Prozent aus.

(Zuruf von der SPD: Wann war das?)

– Im Jahre 1954.

(Erneuter Zuruf von der SPD: Das liegt aber weit zurück!)

Im Jahre 2005 zahlen die Kommunen aber 87,8 Prozent und das Land nur 12,2 Prozent.

(Zuruf von Brausch, SPD)

Das ist das eigentliche Problem! Darüber sollten wir hier, meine Damen und Herren, gemeinsam diskutieren.

(Zustimmung bei der SPD – Diekmann, CDU: Das ist es! Genau das ist es!)

Lassen Sie uns doch nicht um 0,3 Hebesatzpunkte streiten, sondern gemeinsam Druck machen gegen die Landesregierung,

(Bartsch, CDU: Sehr gut!)

wer auch immer sie stellt. Sie können nicht heute Ja und nach dem 22. Mai Nein sagen. Das geht nicht!

(Zuruf von Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

– Na ja, ganz auszuschließen ist das natürlich nicht. Ich sehe das auch kritisch.

Die PDS steht dem Vorschlag des Kämmerers nach einer „Mindestausstattung des kommunalen Finanzausgleiches“ prinzipiell positiv gegenüber. Das alleine reicht aber nicht aus. Wir brauchen dringend eine Gemeindefinanzreform! Die Kommunen brauchen mehr Geld; dann können sie mehr investieren.

(Zustimmung bei PDS und Bündnis 90/
DIE GRÜNEN – Diekmann, CDU: Das
ist richtig!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch
einige Worte zu den Haushaltsänderungen der
Ampelkoalition sagen. Den vorliegenden Haus-
haltsentwurf der Verwaltung haben Sie ja zu 99
Prozent übernommen. Er gleicht dem Haushalt
unter der CDU-Mehrheit.

(Diekmann, CDU: Siehste, siehste!)

Eine eigene Politik oder Handschrift zeichnet das
noch nicht aus. Das wundert uns doch ein wenig.

(Frau Asch, Bündnis 90/
DIE GRÜNEN: 17 Anträge!)

Doch einige Veränderungen, die Sie am Haus-
halt vorgenommen haben, finden wir trotzdem in-
teressant und wichtig. So die beiden Anträge zur
gesundheitlichen Versorgung für Migrantinnen
und Migranten. In den rheinischen Metropolen
wird der Anteil der Einwohnerinnen und Einwoh-
ner mit Migrationshintergrund im Jahre 2015 bei
30 bis 40 Prozent liegen. Das hatten Sie schon
angedeutet; deswegen will ich das nicht weiter
ausführen.

Wir meinen, dieser Ansatz ist der richtige Weg,
aber er reicht nicht aus.

(Zustimmung bei der PDS)

Ihren Antrag „Alltägliches Unrecht – Erforschung
von Verbrechen gegen die jüdische Bevölke-
rung“, aber auch die Anträge „Forschungsprojekt
Zwangsarbeit“ und „Besuchsprogramm für ehe-
malige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbei-
ter“ finden wir unterstützenswert. In der Aufarbei-
tung der Zwangsarbeit in Krankenhäusern und
anderen Gesundheitseinrichtungen gibt es viel
zu tun. Deshalb ist gerade dieser Schritt sehr
wichtig.

Uns ist nicht ganz klar, wie viele Personen Sie
mit Ihrem Besuchsprogramm einladen wollen.
Mit 10 000 Euro im Jahr kann man gerade mal
eine Hand voll Personen einladen.

(Zuruf von der SPD: Ein
bisschen mehr schon!)

Das sollten Sie meines Erachtens noch einmal
überdenken!

Wenn wir dieses Besuchsprogramm nicht schnell
und großzügig anschieben, kommt es zu spät.
Die „jüngsten“ Zwangsarbeiterinnen und Zwangs-
arbeiter, die ich im letzten Jahr kennen gelernt
habe, waren hier im Rheinland als Kinder und
sind inzwischen über 75 Jahre. Das nur als Hin-
tergrund! Und solch ein Programm kann man
vielleicht noch drei, vier, fünf Jahre durchführen;
dann wird das nicht mehr möglich sein.

(Frau Asch, Bündnis 90/
DIE GRÜNEN: Richtig!)

Der Landschaftsverband hatte am 27. Januar ei-
ne beeindruckende Veranstaltung zum Holo-
caust-Gedenktag. Durch einen Filmbeitrag wurde
anhand einer Kleinstadt dargestellt, dass viele
Menschen von der Enteignung der Juden profi-
tierten. Durch das jüngste Gerichtsurteil in Sa-
chen „Wertheim“, in dem es um die Rückgabe
von Grundstücken geht, ist dieses Thema wei-
terhin in der Öffentlichkeit.

Auch in Museen finden sich Kulturgüter, die wäh-
rend der NS-Zeit ihren Besitzern unrechtmäßig
entzogen wurden. So ist im LVR-eigenen Rhein-
ischen Landesmuseum Bonn bereits nach sol-
chen Kunstgegenständen gefahndet worden. Auf
unser Nachfragen hat uns die Verwaltung mitge-
teilt, dass es bei 60 Bildern noch „Klärungsbe-
darf“ gibt. Die Aufklärung würde im Rahmen der
zur Verfügung stehenden Möglichkeiten betrie-
ben.

Wir meinen, diese Aufklärung sollte mit Hoch-
druck verfolgt werden.

(Beifall bei der PDS)

Der Landschaftsverband sollte hier vorbildlich
sein, so wie er über Jahrzehnte die Gräueltaten
der Nazis mittels Euthanasie und Zwangssterili-
sation aufgeklärt hat.

Meine Damen und Herren, die PDS unterstützt
den Kurs der Eingliederungshilfe und der integra-
tiven Maßnahmen. Oft ist der Beweggrund für
eine solche Politik aber nicht die Unabhängigkeit,
Selbstverwirklichung und Freizügigkeit der be-
troffenen Menschen, sondern die Kostenerspar-
nis. Das finden wir gefährlich.

(Zustimmung bei der PDS)

Wir treten dafür ein, dass im ganzen Land der
„gemeinsame Unterricht“ ausgebaut werden
muss. An allen Schulen sollten Schülerinnen und
Schüler mit Förderbedarf unterrichtet werden.

Gemeinsamer Unterricht sollte an allen Schulen zur Regel und Selbstverständlichkeit werden. Wenn wir heute bei den Kindern und Jugendlichen Gelder in Schule und Ausbildung investieren, können wir langfristig einen gesellschaftlichen Umdenkungsprozess erwirken.

Behinderung kann man nicht ausblenden; sie gehört zum täglichen Leben. Wir müssen eine soziale und solidarische Gesellschaft entwickeln, in der alle voneinander und miteinander lernen. Ausgrenzung, Elitendenken und Ellenbogengesellschaft verhindern einen solchen Prozess.

(Beifall bei PDS, SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die PDS ist über die unselige Äußerung des Schul- und Jugenddezernenten Mertens – „Ich will das Thema geschlossene Unterbringung für Jugendliche aus der Tabuzone herausholen“ – entsetzt und empört.

(Beifall bei PDS, SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Diesen Tabubruch, geschlossene Einrichtungen zu popularisieren, haben wir am Tag nach der Äußerung öffentlich kritisiert.

Ich habe am letzten Freitag die Diskussion im Landschaftsausschuss verfolgt. Deshalb haben wir eine Bitte an die CDU: Sie müssen sich jetzt nicht vorbehaltlos vor den Verwaltungsdezernenten und vor den Landesdirektor stellen. Bedenken Sie, dass die Debatte um die so genannten „Klau-Kids“ vor zwei Jahren von einem SPD-Polizeipräsidenten und von der Kölner FDP losgetreten wurde. Und diese Kampagne von vor zwei Jahren hat natürlich noch ihre Auswirkungen im Hintergrund.

(Beifall bei der PDS –
So ist es! bei der SPD)

Der „EXPRESS“ erschien mit 50 Portraits von Kindern und Jugendlichen und titelte „Die Klau-Kids von Köln“. Köln war über diesen Steckbrief entsetzt. Dafür hat sich später der Herausgeber des „EXPRESS“, Alfred Neven DuMont, öffentlich entschuldigt und damit einen Diskussionsprozess eingeleitet.

Ich kann mich sehr gut an einen Antrag von SPD und FDP im Kölner Rat erinnern, in dem mehr „geschlossene Heime“ gefordert wurden, und der

die ungeteilte Unterstützung des Republikaners fand.

(Busche, PDS: Pfui!)

Und ich kann mich an ein Bündnis von CDU, Grünen und PDS erinnern, die diesen Antrag vom Tisch gefegt haben. Bei dieser Debatte waren die sachlichen Beiträge des damaligen Jugenddezernenten des Landschaftsverbandes, aber auch des CDU-Jugenddezernenten, Herrn Schulte, und des SPD-Amtsleiters Jugend der Stadt Köln unverzichtbar.

(Beifall bei der PDS)

Wir sind nicht lange genug in der Landschaftsversammlung, um beurteilen zu können, ob personelle Konsequenzen gezogen werden müssen. Nur eines wissen wir aus Lebenserfahrung: Eine Entschuldigung kann für alle Beteiligten von Vorteil sein.

(Beifall bei PDS und Bündnis
90/DIE GRÜNEN)

Jugendhilfe und Justiz bieten ausreichend Möglichkeiten, mit delinquenten Kindern und Jugendlichen umzugehen. Die offenen Einrichtungen für Roma in Frankfurt und Köln sind hierfür sehr gute Beispiele. Der Landschaftsverband sollte die Entwicklung solcher und anderer Spezialeinrichtungen fördern und unterstützen. Durch qualifizierte Angebote kann die geschlossene Unterbringung von Kindern und Jugendlichen vermieden werden. Der Landschaftsverband benötigt somit keine neuen geschlossenen Heime.

(Beifall bei PDS, SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich zum Schluss noch ein Thema ansprechen: Der Landschaftsverband, die Rheinischen Kliniken und die Heilpädagogischen Heime sollten dringend mehr Auszubildende beschäftigen. In den Rheinischen Kliniken sind im März 2005 für Krankenpflegeschüler 642 Plätze vorhanden, aber gerade nur 474 werden ausgebildet.

Dem Stellenplan des Landschaftsverbandes Rheinland kann man entnehmen, dass Ende 2004 26 Stellen weniger als im Jahr 2002 im Nachwuchsbereich besetzt sind. Wer heute nicht ausbildet, hat morgen kein Fachpersonal.

(Beifall bei der PDS)

Gerade deshalb ist es auch wichtig, dass Auszubildende mit spezieller fachliche Ausbildung übernommen werden.

Die Gewerkschaft ver.di bemerkte zu Recht:

Arbeit ist jedenfalls genug da. Schon heute sind die Kliniken hinsichtlich der Patientenversorgung hoffnungslos überlastet.

(Zustimmung bei der PDS)

Die Bundesregierung hat die Ausbildungsplätze in der Bundesverwaltung um 20 Prozent gesteigert und ruft zu einem Ausbildungspakt auf. Es gibt aber auch einen Ausbildungspakt Nordrhein-Westfalen, dem auch der Verband der kommunalen Arbeitgeber NRW angehört und somit auch der Landschaftsverband Rheinland.

Wir meinen, dass hier dringender Handlungsbedarf seitens der Ampelkoalition besteht.

(Zustimmung bei der PDS)

Meine Damen und Herren, nahezu alle Ausgaben des Landschaftsverbandes sind pflichtige Aufgaben. Deswegen werden wir nicht gegen diesen Haushalt stimmen, sondern uns bei der Abstimmung enthalten. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei PDS, SPD
und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann rufe ich jetzt den Punkt 7.1, den

CDU-Antrag 12/15

zur Abstimmung auf. Herr Heidrich, wir haben hier oben Ihren Wunsch nicht richtig verstanden. Deshalb bitte ich um Klärung, ob Sie zu diesem Antrag oder zur Generalabstimmung, die unter 7.2 folgen wird, geheime Abstimmung beantragen.

Heidrich (CDU): Nein, über unseren Antrag.

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Gut, wenn der Antrag von einer Fraktion eingebracht wird, muss so verfahren werden.

(Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN:
Bekommen wir denn von der CDU-Fraktion auch ein Mittagessen bezahlt?)

Zur Abstimmung, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, steht der Antrag der CDU-Fraktion 12/15. Damit wird beantragt, im Haushalt 2005 die Umlage um 0,3 Prozentpunkte zu senken.

Wir werden jetzt – erlauben Sie mir dazu einige Hinweise – wie folgt verfahren. Die Stimmzettel sind vorbereitet und werden Ihnen gegen Abgabe Ihrer Stimmkarte ausgehändigt. Ich weise zum Abstimmungsverfahren darauf hin, dass Enthaltungen möglich sind und ein Stimmzettel nur dann ungültig ist, wenn Ergänzungen vorgenommen werden, wenn er nicht ausgefüllt ist oder wenn mehrere Kreuze gemacht werden.

Wollen Sie für den Antrag 12/15 stimmen, kreuzen Sie bitte das Feld „Ja“ an. Wenn Sie mit Nein stimmen, ist es umgekehrt; dann lehnen Sie den Antrag ab.

Bitte benutzen Sie für die geheime Wahl die beiden im Saal befindlichen Wahlkabinen.

Ich eröffne das Abstimmungsverfahren, und meine Kollegin und der Kollege sind so nett und lesen in alphabetischer Reihenfolge die Namen vor. Sie kommen bitte nach vorne und stimmen, wie eben vorgeschlagen, ab.

(Folgt Namensaufruf der Mitglieder der
Landschaftsversammlung in alphabetischer
Reihenfolge durch die Beisitzer
von 12.19 bis 12.29 Uhr)

Haben alle Mitglieder der Landschaftsversammlung ihren Stimmzettel abgegeben? – Dann schließe ich den Wahlvorgang und bitte die Verwaltung um Auszählung der Stimmen.

(Folgt Auszählen der Stimmen
von 12.30 bis 12.36 Uhr)

Feststellung des Abstimmungsergebnisses

Ich darf bitten, wieder Platz zu nehmen. – Meine Damen und Herren, ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt.

Abgegebene Stimmen: 110.

Anwesenheit – sie wurde soeben noch von der Verwaltung überprüft –: CDU mit 51 Stimmen, SPD mit 36 Stimmen, DIE GRÜNEN mit 12, FDP

mit neun und PDS mit zwei Stimmen. Das ergibt 110 Stimmen. Es sind demnach alle Stimmen abgegeben worden, davon 109 gültig, eine ungültig.

Auf den Antrag der CDU-Fraktion entfielen 49 Stimmen. 60 Mitglieder der Landschaftsversammlung stimmten gegen den Antrag der CDU. Damit ist er mit Mehrheit **abgelehnt**.

(Lebhafter Beifall bei SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP – Diekmann, CDU: Da haben Sie von Kiel gelernt! – Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Kiel lässt grüßen!)

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 7.2** auf:

Haushaltssatzung mit Haushalts- und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2005 sowie Investitionsprogramm 2004 bis 2008

– Vorlage Nr. 12/259 –

Wir kommen zur offenen Abstimmung darüber, wie die Landschaftsversammlung zur Haushaltssatzung steht. Alles – ich habe es eben verlesen: Stellenplan, sonstige Anlagen – ist mit dieser Abstimmung, was den Haushalt angeht, enthalten – mit Ausnahme des Wirtschaftsplanes, über den ich sogleich gesondert abstimmen lassen werde.

Wer für die Annahme der Haushaltssatzung in der vom Landschaftsausschuss vorgelegten Form ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Bei zwei Enthaltungen und Gegenstimmen der Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion ist der Haushalt damit mit Mehrheit **beschlossen**.

(Lebhafter Beifall bei SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Tagesordnungspunkt 7.3:

**Wirtschaftsplan – Entwürfe 2005
Veränderungsnachweise**

– Vorlage 12/240 –

(Unruhe – Glocke des Vorsitzenden – Ensmann, CDU, meldet sich erneut)

– Dazu eine Wortmeldung?

(Ensmann, CDU: Ich hatte mich eben gemeldet! – Boss, CDU: Herr Vorsitzender, zur Geschäftsordnung! – Frau

Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Schon wieder!)

– Zur Geschäftsordnung bitte schön, Herr Boss.

Boss (CDU): Der Fraktionskollege Herr Ensmann hatte sich, bevor Sie beschließen ließen, zu Wort gemeldet und wollte noch zum Haushalt das Wort erhalten. Er hat es nicht bekommen.

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Das war eine Wortmeldung zu Tagesordnungspunkt 7.2, zur Haushaltssatzung; sie sollte vor der Abstimmung sein?

(Frau Eckenbach, CDU: Ich habe es doch Ihrem Beisitzer gesagt!)

– Das tut mir Leid. Wir haben jetzt abgestimmt. Sie können eine persönliche Bemerkung zum Schluss der Debatte machen. Das ist die einzige Möglichkeit, die jetzt noch § 15 der Geschäftsordnung zulässt.

(Beu, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Wir können es wiederholen lassen!)

– Es wird nichts wiederholt. – Bitte schön, Sie haben das Wort, Herr Kollege.

Ensmann (CDU): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich hatte mich frühzeitig gemeldet. Der Beisitzer hat den Vorsitzenden darauf hingewiesen, aber das ist Ihnen offensichtlich durchgegangen. Ich unterstelle keine Absicht; es ist einfach passiert.

Dennoch möchte ich das Wort aus einem ganz einfachen Grund ergreifen. Wir im Rat der Stadt Köln sind in sehr schwierigen Haushaltsklausuren. Hier, in dieser Landschaftsversammlung, sitzen Kollegen, die auch dem Haushalt der Stadt Köln zustimmen müssen.

Ich frage mich, mit welcher Moral diese Personen dem Haushalt hier zustimmen und wie sie sich zum Haushalt der Stadt Köln in Kenntnis dessen verhalten,

(Frau Wiesemann, SPD: Kein Problem!)

dass wir in Köln mit der SPD eine große Koalition haben.

In Ihren Reden – wir könnten jetzt schon seit eineinhalb Stunden zu Hause sein – haben Sie den Eindruck zu erwecken versucht, dass es Ihnen um die Menschen ginge. Ich kann darüber nur laut lachen.

Ich muss den Vorsitzenden, Herrn Dr. Wilhelm loben. Er hat ein Talent dafür, Mehrheiten zu schmieden und Positionen zu besetzen; das wäre ihm sonst nicht gelungen. Insofern ein Lob dafür, dass Sie in der Lage sind, unterschiedlichste Bereiche zusammenzuführen, damit Ihre Position als Vorsitzender gesichert ist.

Dabei geht aber alles andere über die Wupper; denn von einer Gestaltungsmehrheit kann hier wohl kaum die Rede sein.

(Zuruf von Frau Asch, Bündnis
90/DIE GRÜNEN – Unruhe)

– Mehrheit ist ein anderes Thema. Ich darf daran erinnern: Sie haben die Fotos auf Ihren Tisch liegen. Es stehen Zahlen darunter. Danach hat die CDU 52 Sitze, weit abgeschlagen die SPD 37 Sitze.

(Zurufe von SPD und FDP)

Ich sage Ihnen: Diese 17 Anträge, die mir diese Woche per Post zugegangen sind, sind unehrlich und haben mit dem Willen, den Menschen zu helfen, überhaupt nichts zu tun. Sie haben Ausschüsse ausgeschlossen; Sie haben Sitzungen mit dem Ziel stattfinden lassen: Das interessiert uns nicht; das machen wir alles am 18. März in der Landschaftsversammlung.

Eben ist schon gesagt worden: Man trifft sich immer zwei Mal im Leben. Die Kolleginnen und Kollegen, die hier gegen die Stadt Köln votiert haben,

(Zuruf von der SPD:
Gegen die Stadt Köln?)

müssen sich dafür rechtfertigen.

(Weitere Zurufe von den
anderen Fraktionen – Unruhe)

Abschließend – ich höre jetzt auf – sage ich Ihnen:

(Diekmann, CDU: Da muss der Versammlungsleiter eingreifen und für Ruhe sorgen!)

Bei dem Ergebnis, das Sie gestern in Kiel eingefahren haben, hatte Gott sei Dank eine Rückgrat und hat sich nicht dem Populismus gebeugt.

(Weitere Zurufe von
den anderen Fraktionen)

Überlegen Sie einmal: Unter allen Bundesländern haben Sie nur noch in einem Rot-Grün. Das wird am 22. Mai beendet sein. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Meine Damen und Herren, außergewöhnliche Situationen erfordern außergewöhnliche Lösungen. Außerdem gibt es den berühmten deutschen Satz „Form follows function“. Das heißt, wenn es der Sache und der inhaltlichen Auseinandersetzung dient, sollten wir die Geschäftsführung rheinisch behandeln. Das habe ich hiermit getan. Wir sollten nun aber doch zum parlamentarischen Ritus zurückkehren und nach einer abgestimmten Haushaltssatzung diesen Tagesordnungspunkt verlassen.

(Brausch, SPD: Ein Glück, dass wir nicht im Kölner Rat sind! – Frau Eckenbach: Wir konnten ja vorher wählen!)

– Stellen Sie sich einmal vor, Frau Kollegin, das kann man auch im parlamentarischen Verfahren anders handhaben, indem man solche Wortmeldungen dem Präsidium kundtut.

(Frau Eckenbach, CDU:
Das haben wir doch!)

Es ist in der Tat möglich, eine Wortmeldung, nachdem die Haushaltsreden gehalten worden sind, nachdem die Abstimmung erfolgt ist, zu missinterpretieren oder zu übersehen. Ich hatte Ihnen dazu jetzt die Möglichkeit gegeben. Es geht um den Inhalt. Sie können gerne mit mir lange um die Geschäftsordnung fechten. Wenn das das Niveau der Landschaftsversammlung in den nächsten fünf Jahren sein sollte, fände ich das nicht angemessen.

(Lebhafter Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Tagesordnungspunkt 7.3 ist der

**Wirtschaftsplan – Entwürfe 2005
Veränderungsnachweise**

– Drucksache 12/240 –

Gibt es zu diesem Tagesordnungspunkt – auch wenn das noch nie geschehen ist, ist dazu die Möglichkeit gegeben – Wortmeldungen von irgendjemandem? –

(Frau Wiesemann, SPD:
Von Herrn Ensmann!)

Es gibt keine Wortmeldungen dazu.

Dann rufe ich den Wirtschaftsplan – Entwürfe 2005 – auf. Wer diesem Wirtschaftsplan die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der PDS-Gruppe und drei oder vier Gegenstimmen der CDU-Fraktion ist mit großer Mehrheit so **beschlossen**.

Herr Heidrich, Sie haben am Schluss dieses Tagesordnungspunktes nach § 15 bei mir beantragt, eine persönliche Bemerkung abgeben zu können. Ich erteile Ihnen das Wort.

(Zuruf von Bündnis 90/
DIE GRÜNEN: Schon wieder!)

Entschuldigung, Herr Heidrich, eine Sekunde!

Zu persönlichen Bemerkungen

– lese ich gerade vor –

wird das Wort erst nach Schluss der Beratungen ... erteilt. ... Die Rednerin/der Redner darf nur Angriffe zurückweisen, die in der Aussprache gegen sie/ihn erhoben wurden oder eigene Ausführungen richtig stellen, aber nicht zur Sache sprechen. Die Redezeit für persönliche Bemerkungen beträgt höchstens fünf Minuten.

Herr Heidrich, Sie haben das Wort.

(Boss, CDU, meldet sich zu Wort)

Heidrich (CDU): Die Belehrung wäre nicht erforderlich gewesen, da ich weiß, wie persönliche Erklärungen zu handhaben sind.

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Manchmal muss das sein.

Persönliche Bemerkung

Heidrich (CDU): Ich muss, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, einen Angriff von Herrn Paßmann zurückweisen, der hier unterstellt hat, es sei eine private Reise von uns zu lasten des Landschaftsverbandes beabsichtigt worden.

(Zurufe von der FDP:
Das ist nicht wahr!)

Das war zu keinem Zeitpunkt der Fall. Es war auf Initiative von Herrn Brausch hin vorgesehen, eine Fahrt nach Košice zu unternehmen – mit dem Ziel, zu prüfen, ob eine Partnerschaft mit Košice möglich ist. Diese Fahrt hat dazu geführt, dass lediglich Herr Brausch und Herr Voigtsberger an dieser Fahrt teilgenommen haben.

Zu keiner Zeit habe ich eine private Reise beabsichtigt. Sie ist auch nicht durchgeführt worden. Wenn Herr Paßmann meint, dass es sich um eine private Reise handele, möge er sich mit denen in Verbindung und auseinander setzen, die diese Reise durchgeführt haben – nicht mit denen, die nicht gefahren sind.

(Hört, hört! und Beifall bei der CDU)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Das Wort zu einer persönlichen Bemerkung hat Herr Boss.

Persönliche Erklärung

Boss (CDU): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte hier nur erklären, dass das, was der Kollege Paßmann gerade gesagt hat, nichts anderes als der Versuch ist, uns zu unterstellen, wir hätten eine private Reise mit irgendwelchen Leuten durchführen wollen. Diese Unterstellung läuft ins Leere, Herr Paßmann. Der Kollege Brausch, der diese Reise angeregt hat, kam zu uns in die Fraktion und bot sie uns an. Ich habe rechtzeitig dargestellt, dass ich an dieser Reise nicht teilnehmen werde. Damit hat es sich. Punkt!

(Beifall bei der CDU – Bortlitz-Dickhoff,
Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Geht die
Rede denn auch wörtlich ins Protokoll?)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Die Frage des Kollegen ist, ob Wortprotokoll in der Landschaftsversammlung erstellt wird. Die Antwort ist: ja.

(Bahr, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Das möchte ich lesen!)

Es gibt keinen Wunsch zu weiteren persönlichen Bemerkungen mehr. Damit kann ich diesen Tagesordnungspunkt beenden.

Tagesordnungspunkt 8:

Fragen und Anfragen

Mir liegen keine Anfragen vor. Ich schließe daher die Veranstaltung.

(Schluss: 12.49 Uhr)